

Mitteilung des Senats vom 15. Januar 2008**Gesetz zur Änderung besoldungs- und beamtenversorgungsrechtlicher Vorschriften**

Der Senat überreicht der Bürgerschaft (Landtag) den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung besoldungs- und beamtenversorgungsrechtlicher Vorschriften mit der Bitte um Beschlussfassung noch in der nächsten Sitzung.

Der Gesetzentwurf enthält folgende Regelungen:

- Durch Artikel 1 Nr. 1 (Änderung des Bremischen Besoldungsgesetzes) wird die Verordnungsermächtigung für den Erlass der Bremischen Beihilfeverordnung – entsprechend den Anforderungen der Rechtsprechung – redaktionell neu gefasst.
- Artikel 1 Nr. 2 (Änderung des Bremischen Besoldungsgesetzes) stellt sicher, dass Beamtinnen und Beamte, gegen die ein Disziplinarverfahren betrieben wird, während der Dauer dieses Verfahrens zunächst keine Sonderzahlung erhalten.
- Durch Artikel 1 Nr. 3 (Änderung des Bremischen Besoldungsgesetzes) wird der Familienzuschlag für das dritte und jedes weitere Kind jeweils um 50 € monatlich erhöht.
- Artikel 2 (Änderung des Bremischen Beamtenversorgungsgesetzes) schafft die gesetzliche Regelung dafür, dass die Wartefrist für Versorgungsansprüche aus einem höheren Amt zwei Jahre beträgt.
- Artikel 3 (Änderung der Bremischen Hochschul-Leistungsbezügeverordnung) stellt eine Folgeänderung aus Artikel 2 dar.
- Artikel 4 (Bremisches Besoldungs- und Beamtenversorgungsanpassungsgesetz 2008/2009) sieht die Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge für die Bremischen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter sowie Versorgungsempfängerinnen und -empfänger für die Jahre 2008 und 2009 vor. Besoldung und Versorgung werden damit zum 1. Oktober 2008 um 1,9 v. H. und zum 1. Oktober 2009 um weitere 1,0 v. H. erhöht.

Mit dem Gesetzentwurf folgt der Senat seinen Beschlüssen zur Anpassung der Besoldung für die bremischen Beamtinnen und Beamten. Im Gesetzgebungsverfahren wird der Gesetzentwurf des Senats als Alternative zu dem bereits eingebrachten Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU (Drs. 17/121) treten.

Die Spitzenorganisationen der zuständigen Gewerkschaften im Lande Bremen sind gemäß § 97 des Bremischen Beamtengesetzes und die zuständigen Vereinigungen der Richterinnen und Richter im Lande Bremen gemäß § 39 a des Bremischen Richtergesetzes beteiligt worden.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert mit Schreiben vom 3. Januar 2008 die Übernahme des Tarifiergebnisses auf den Bereich der Beamtinnen und Beamten sowie der Versorgungsempfänger. In einem Spitzengespräch am 11. Januar 2008 haben die Vertreter des DGB diese Position erläutert und vertieft. Gleichzeitig erklärten die Vertreter des DGB, dass gegen den Gesetzentwurf im Übrigen (Artikel 1 bis 3) keine Bedenken bestünden.

Der dbb beamtenbund und tarifunion hat mit Schreiben vom 28. Dezember 2007 vorgetragen, dass die vom Tarifbereich abweichende Erhöhung der Dienst- und Versorgungsbezüge nicht akzeptabel sei. Im Übrigen habe man keine Einwendungen gegen den Gesetzentwurf. In einem Spitzengespräch mit Vertretern des dbb am

11. Januar 2008 wurde die Stellungnahme des dbb eingehend erörtert, die Vertreter des dbb wiederholten und vertieften ihre Auffassung.

Die Vereinigung Bremischer Verwaltungsrichterinnen und Verwaltungsrichter macht mit Schreiben vom 8. Januar 2008 geltend, dass es seit Beginn der Neunzigerjahre eine ganze Reihe von Eingriffen in die Besoldung der Richterinnen und Richter gegeben habe, die nach Auffassung der Vereinigung in der Summe eine Verletzung der Grenzen des Alimentationsprinzips bedeuten würden. Man wende sich deshalb gegen eine weitere Abkoppelung von der Entwicklung der Gehälter im öffentlichen Dienst.

Auch nach Beteiligung der Verbände wird der Gesetzentwurf aus den in der Gesetzesbegründung dargelegten Erwägungen im Kern unverändert vorgelegt.

Der Senat bittet, den Entwurf in der vorliegenden Fassung zu beschließen.

Gesetz zur Änderung besoldungs- und beamtenversorgungsrechtlicher Vorschriften

Der Senat verkündet das nachstehende von der Bürgerschaft (Landtag) beschlossene Gesetz:

Artikel 1

Änderung des Bremischen Besoldungsgesetzes

Das Bremische Besoldungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. April 1999 (Brem.GBl. S. 55, 152, 179 – 2042-a-2), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. Oktober 2007 (Brem.GBl. S. 480) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 7 erhält folgende Fassung:

„§ 7

Beihilfen

(1) Beamte und Ruhestandsbeamte sowie ihre versorgungsberechtigten Hinterbliebenen erhalten zu Aufwendungen in Krankheits-, Pflege- und Geburtsfällen Beihilfen.

(2) Beihilfefähig sind grundsätzlich nur notwendige und wirtschaftlich angemessene Aufwendungen

1. in Krankheits- und Pflegefällen,
2. zur Vorbeugung und Behandlung von Krankheiten und Behinderungen,
3. in Geburtsfällen, der Empfängnisregelung, bei künstlicher Befruchtung sowie in Ausnahmefällen bei Schwangerschaftsabbruch und Sterilisation,
4. zur Früherkennung von Krankheiten und Schutzimpfungen.

Beihilfefähig sind grundsätzlich nur Maßnahmen, die medizinisch notwendig und in ihrer Wirksamkeit nachgewiesen sind, bei denen die Leistungserbringung nach einer wissenschaftlich allgemein anerkannten Methode erfolgt. Daneben kann die Beihilfefähigkeit vom Vorliegen bestimmter medizinischer Indikationen abhängig gemacht werden. Nicht beihilfefähig sind die Aufwendungen für Wahlleistungen bei stationärer Behandlung im Krankenhaus und Leistungen für Heilpraktiker. Gleiches gilt für Sach- und Dienstleistungen, gesetzlich vorgesehene Zuzahlungen und Kostenanteile und für Aufwendungen, die die gesetzliche Krankenversicherung nicht erstattet, weil der gesetzlich Versicherte einen Wahltarif in Anspruch nimmt.

(3) Beihilfe wird als Ergänzung der aus den laufenden Bezügen zu bestreitenden Eigenvorsorge gewährt. Beihilfe darf zusammen mit den von dritter Seite aus demselben Anlass gewährten Leistungen die dem Grunde nach beihilfefähigen Aufwendungen nicht übersteigen. Die Beihilfe und die beihilfefähigen Aufwendungen können durch den Abzug von Eigenbehalten gemindert werden.

(4) Das Nähere, insbesondere die Abgrenzung des anspruchsberechtigten Personenkreises, die Voraussetzungen und deren Höhe, der Höchstbeträge und das Verfahren für die Gewährung von Beihilfen sowie des völligen oder teilweisen Ausschlusses von Behandlungsmethoden, Arznei-, Heil- und Hilfsmitteln, regelt der Senat durch Rechtsverordnung.“

2. § 10 Abs. 4 erhält folgende Fassung:

„(4) Berechtigte, deren Bezüge für den Monat Dezember aufgrund einer Disziplinarmaßnahme teilweise einbehalten werden oder kraft Gesetzes in voller Höhe als einbehalten gelten, erhalten die Sonderzahlung nur, wenn die einbehaltenen Bezüge nachzuzahlen sind.“

3. Nach § 12 wird folgender § 13 angefügt:

„§ 13

Erhöhung des Familienzuschlages für dritte und weitere Kinder

(1) Mit Wirkung vom 1. Januar 2008 erhöht sich der Familienzuschlag nach § 40 Abs. 2 des Bundesbesoldungsgesetzes für das dritte und jedes weitere Kind jeweils um 50 Euro.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger im Geltungsbereich des Bremischen Beamtenversorgungsgesetzes.“

Artikel 2

Änderung des Bremischen Beamtenversorgungsgesetzes

Nach § 2 des Bremischen Beamtenversorgungsgesetzes vom 23. Oktober 2007 (Brem.GBl. S. 480) wird folgender § 3 angefügt:

„§ 3

Ruhegehaltfähige Dienstbezüge

(1) In Ersetzung des § 5 Abs. 3 Satz 1 des Beamtenversorgungsgesetzes sind für Beamtinnen und Beamte, die aus einem Amt in den Ruhestand getreten sind, das nicht der Eingangsbesoldungsgruppe ihrer Laufbahn oder das keiner Laufbahn angehört, und die Dienstbezüge dieses oder eines mindestens gleichwertigen Amtes vor dem Eintritt in den Ruhestand nicht mindestens zwei Jahre erhalten haben, nur die Bezüge des vorher bekleideten Amtes ruhegehaltfähig. § 5 Abs. 3 Satz 3 und Abs. 5 des Beamtenversorgungsgesetzes sowie § 33 Abs. 3 Satz 1 des Bundesbesoldungsgesetzes in der am 31. August 2006 geltenden Fassung sind mit der Maßgabe anzuwenden, dass anstelle der Frist von drei Jahren eine Frist von zwei Jahren tritt.

(2) Verringern sich bei einem Wechsel in ein Amt der Besoldungsordnung W die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge, so berechnet sich das Ruhegehalt aus den ruhegehaltfähigen Dienstbezügen des früheren Amtes und der gesamten ruhegehaltfähigen Dienstzeit, sofern die Dienstbezüge des früheren Amtes mindestens zwei Jahre bezogen wurden. Ruhegehaltfähig ist die zum Zeitpunkt des Wechsels erreichte Stufe des Grundgehalts. Auf die Zweijahresfrist wird der Zeitraum, in dem Dienstbezüge aus einem Amt der Besoldungsordnung W bezogen wurden, angerechnet. § 5 Abs. 3 Satz 3 und Abs. 5 des Beamtenversorgungsgesetzes gelten entsprechend mit der Maßgabe, dass anstelle der Frist von drei Jahren eine Frist von zwei Jahren tritt.“

Artikel 3

Änderung der Bremischen Hochschul-Leistungsbezügeverordnung

In § 8 Abs. 1 Satz 1 der Bremischen Hochschul-Leistungsbezügeverordnung vom 1. Juli 2003 (Brem.GBl. S. 285 – 2042-a-6) wird das Wort „drei“ durch das Wort „zwei“ ersetzt.

Artikel 4

Bremisches Besoldungs- und Beamtenversorgungsanpassungsgesetz 2008/2009 (BremBBVAnpG 2008/2009)

§ 1

Geltungsbereich

(1) Dieses Gesetz gilt für

1. die Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter im Geltungsbereich des Bremischen Besoldungsgesetzes mit Ausnahme der Anwärtnerinnen und Anwärter, die sich bereits am 31. Dezember 1998 in einem Beamtenverhältnis auf Widerruf befunden haben,

2. die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger im Geltungsbereich des Bremischen Beamtenversorgungsgesetzes.
- (2) Dieses Gesetz gilt nicht für die öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften und ihre Verbände.

§ 2

Anpassung der Dienstbezüge und sonstigen Bezüge für das Jahr 2008

Ab 1. Oktober 2008 werden in einer ersten Stufe ausgehend von den sich aus dem Bundesbesoldungsgesetz mit seinen Anlagen und den hierzu erlassenen Rechtsverordnungen in der am 31. August 2006 geltenden Fassung sowie den sich aus der Anlage 1 der Bremischen Besoldungsordnungen ergebenden Beträgen

1. um 1,9 vom Hundert erhöht:
 - a) die Grundgehaltssätze,
 - b) der Familienzuschlag einschließlich des nach § 13 des Bremischen Besoldungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. April 1999 (Brem.GBl. S. 55, 152, 179 – 2042-a-2), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom ... (einsetzen: Ausfertigungsdatum dieses Gesetzes) geändert worden ist, erhöhten Betrages für dritte und weitere Kinder mit Ausnahme der Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 5,
 - c) die Amtszulagen sowie die allgemeine Stellenzulage nach Nummer 27 der Vorbemerkungen der Anlage 1 zum Bundesbesoldungsgesetz,
 - d) die Anwärtergrundbeträge,
 - e) die Leistungsbezüge nach § 33 Abs. 1 des Bundesbesoldungsgesetzes, soweit sie in der Bremischen Hochschul-Leistungsbezügeverordnung vom 1. Juli 2003 (Brem.GBl. S. 285) für dynamisch erklärt worden sind,
 - f) die Beträge in § 4 Abs. 1 und 3 der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte,
 - g) der Betrag in § 4 Abs. 1 Nr. 1 der Erschwerniszulagenverordnung;
2. um 1,62 vom Hundert erhöht:

der Auslandszuschlag und der Auslandskinderzuschlag.

§ 3

Anpassung von Bezügen nach fortgeltendem Recht

Die Erhöhung nach § 2 Nr. 1 gilt entsprechend für

1. die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze)
 - a) in den fortgeltenden Besoldungsordnungen und Besoldungsgruppen der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer,
 - b) in den Zwischenbesoldungsgruppen,
 - c) in den Regelungen über künftig wegfallende Ämter,
2. die Höchstbeträge für Sondergrundgehälter und Zuschüsse zum Grundgehalt sowie festgesetzte Sondergrundgehälter und Zuschüsse nach fortgeltenden Besoldungsordnungen der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer,
3. die Grundgehaltssätze der Bundesbesoldungsordnung C gemäß § 77 Abs. 2 und 3 des Bundesbesoldungsgesetzes nach Anlage IV in der bis zum 22. Februar 2002 geltenden Fassung mit den am 31. August 2006 geltenden Beträgen,
4. die in festen Beträgen ausgewiesenen Zuschüsse zum Grundgehalt nach den Vorbemerkungen Nummern 1 und 2 sowie die allgemeine Stellenzulage nach Vorbemerkung Nummer 2 b gemäß Anlage II in der bis zum 22. Februar 2002 geltenden Fassung des Bundesbesoldungsgesetzes mit den am 31. August 2006 geltenden Beträgen.

§ 4

Höhe der Besoldung ab 1. Oktober 2008

Die nach den §§ 2 und 3 erhöhten Beträge ergeben sich aus den Anlagen 1 bis 20 dieses Gesetzes für die dort genannten Bezügebestandteile. Von diesen Anlagen ersetzen

1. die Anlagen 1 bis 7 und 10 bis 18 die Anlagen IV Nummer 1 bis 4, VIII, IX, V und VI a bis VI i zum Bundesbesoldungsgesetz,
2. die Anlage 19 die Anlage 1 zu Nummer 1 der Bekanntmachung des Bundesministeriums des Innern vom 10. September 2003 (BGBl. I S. 1843),
3. die Anlage 8 die Beträge in § 4 Abs. 1 und 3 der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte,
4. die Anlage 9 den Betrag in § 4 Abs. 1 Nr. 1 der Erschwerniszulagenverordnung,
5. die Anlage 20 die Anlage 1 Nr. 2 der Bekanntmachung nach der Vorbemerkung Nr. 2 zu den Bremischen Besoldungsordnungen vom 30. Oktober 2003 (Brem.GBl. S. 382).

§ 5

Anpassung der Dienstbezüge und sonstigen Bezüge für das Jahr 2009

Ab 1. Oktober 2009 werden in einer zweiten Stufe ausgehend von den sich aus dem Bundesbesoldungsgesetz mit seinen Anlagen und den hierzu erlassenen Rechtsverordnungen in der am 31. August 2006 geltenden Fassung sowie den sich aus der Anlage 1 der Bremischen Besoldungsordnungen ergebenden Beträgen erhöht:

1. um weitere 1,0 vom Hundert, insgesamt um 2,9 vom Hundert die sich aus § 2 Nr. 1 und § 3 ergebenden Bezügebestandteile,
2. um weitere 0,85 vom Hundert, insgesamt um 2,47 vom Hundert die sich aus § 2 Nr. 2 ergebenden Bezügebestandteile.

§ 6

Höhe der Besoldung ab 1. Oktober 2009

Die nach § 5 erhöhten Beträge ergeben sich aus den Anlagen 1 a bis 20 a dieses Gesetzes. Die Anlagen 1 a bis 20 a ersetzen ab dem 1. Oktober 2009 die Anlagen 1 bis 20 dieses Gesetzes.

§ 7

Anpassung der Versorgungsbezüge für die Jahre 2008 und 2009

(1) Soweit Absatz 2 nichts anderes bestimmt, gilt die Erhöhung nach § 2 Nr. 1, § 3 und § 5 Nr. 1 für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger im Geltungsbereich des Bremischen Beamtenversorgungsgesetzes entsprechend, soweit die in § 2 Nr. 1 und § 3 genannten Bezügebestandteile der Berechnung ihrer Versorgungsbezüge zugrunde liegen. Satz 1 gilt für Empfängerinnen und Empfänger von Versorgungsbezügen der weggefallenen Besoldungsgruppe A 1 entsprechend.

(2) Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind, werden abweichend von Absatz 1 jeweils auf der Basis der am 31. August 2006 geltenden Beträge erhöht:

1. ab 1. Oktober 2008 um 1,85 vom Hundert,
2. ab 1. Oktober 2009 um weitere 0,95 vom Hundert, insgesamt um 2,8 vom Hundert.

(3) Für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt der Besoldungsgruppen A 1 bis A 8 zugrunde liegt, vermindert sich das Grundgehalt ab 1. Oktober 2008 um 48,62 Euro und ab 1. Oktober 2009 um 49,09 Euro, wenn ihren ruhegehaltfähigen Dienstbezügen die Stellenzulage nach Vorbemerkung Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe a oder b der Bundesbesoldungsordnungen A und B bei Eintritt in den Ruhestand nicht zugrunde gelegen hat.

(4) Die Erhöhungen ab dem 1. Oktober 2008 und dem 1. Oktober 2009 nach den Absätzen 1 und 2 stellen die vierte und fünfte auf den 31. Dezember 2002 folgende Anpassung der Versorgungsbezüge im Sinne des § 69 e Beamtenversorgungsgesetz dar.

§ 8

Rundungsregelung

Die sich bei der Berechnung der erhöhten Beträge ergebenden Bruchteile eines Cents sind hinsichtlich der Beträge des Familienzuschlags der Stufe 1 auf den nächsten durch zwei teilbaren Centbetrag aufzurunden und im Übrigen kaufmännisch zu runden.

§ 9

Übergangsbestimmung

Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter, die vor dem 1. April 2009 zu einem anderen Dienstherrn abgeordnet werden und denen aufgrund der dort wahrgenommenen Funktion eine Zulage nach den Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B oder R des Bundesbesoldungsgesetzes in der am 31. August 2006 geltenden Fassung zustehen würde, die nicht in den Anlagen dieses Gesetzes aufgeführt ist, erhalten diese entsprechend als Ausgleichszulage, soweit nicht eine bundes- oder landesrechtliche Regelung der Gewährung entgegensteht.

Artikel 5

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am ersten Tag des auf die Verkündung folgenden Kalendermonats in Kraft.

Begründung

A. Allgemeines

Die Dienst- und Versorgungsbezüge der Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter wurden durch den Bundesgesetzgeber zuletzt mit Wirkung vom 1. August 2004 durch das Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 2003/2004 sowie zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften vom 10. September 2003 (BGBl. I S. 1798) allgemein linear angepasst. Mit Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes vom 28. August 2006 (BGBl. I S. 2034) am 1. September 2006 ist die Gesetzgebungskompetenz für die Landesbeamtenbesoldung und -versorgung und damit auch für deren Anpassung auf die Freie Hansestadt Bremen übergegangen (Erste Stufe der Föderalismusreform). Neuregelungen im Bereich des Besoldungs- und Versorgungsrechts können für die Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter der Freien Hansestadt Bremen nunmehr nur durch Landesrecht erfolgen.

Artikel 4 (Bremisches Besoldungs- und Beamtenversorgungsanpassungsgesetz 2008/2009 – BremBBVAnpG 2008/2009 –) sieht eine Anpassung der Besoldungs- und Versorgungsbezüge der bremischen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter sowie Versorgungsempfängerinnen und -empfänger vor.

Die Anpassung orientiert sich am Tarifabschluss für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Am Ende des Anpassungszeitraums im Jahre 2009 werden die Beamtinnen und Beamten sowie die Richterinnen und Richter das Anpassungsniveau des Tarifabschlusses erreicht haben. Die zeitlich hinausgeschobene und in zwei Stufen durchgeführte Anpassung ist der Haushaltsnotlage der Freien Hansestadt Bremen geschuldet. Die Maßnahme ist eingebettet in das allgemeine Konzept der Haushaltskonsolidierung, zu dem auch die Betroffenen dieses Gesetzes ihren Beitrag leisten.

Dabei werden grundsätzlich alle Bezügebestandteile erfasst, die auch in der Vergangenheit regelmäßig linear erhöht wurden. Zur Anpassung an die Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse (vgl. § 14 Abs. 1 Bundesbesoldungsgesetz – BBesG – und § 70 Beamtenversorgungsgesetz – BeamtVG –) sollen die Bezüge um insgesamt 2,9 vom Hundert linear angehoben werden. Dies entspricht dem Ergebnis der Tarifverhandlungen vom 19. Mai 2006 im Tarifbereich des öffentlichen Dienstes. Abweichend vom Tarifbereich erfolgt die Erhöhung der Dienst- und Versorgungsbezüge in zwei Stufen. In einer ersten Stufe werden die Bezüge zum 1. Oktober 2008 um 1,9 vom Hundert angehoben; in einer zweiten Stufe zum 1. Oktober 2009 erfolgt eine Erhöhung um weitere 1,0 vom Hundert, also insgesamt 2,9 vom Hundert. Basis dieser Erhöhung in zwei Stufen sind jeweils die am 1. August 2004 durch das BBVAnpG 2003/2004 zuletzt erhöhten Beträge des fortgeltenden Bundesrechts in der Fassung vom 31. August 2006.

Grundsätzlich legt § 14 a Abs. 2 Satz 1 BBesG fest, dass im Rahmen der Bezügeanpassung eine Verminderung der Erhöhungssätze um 0,2 vom Hundert zum Aufbau einer Versorgungsrücklage erfolgt (vgl. §§ 14 a Abs. 2 Satz 1; 14 a Abs. 1 Satz 2 BBesG). Nach § 14 a Abs. 2 a BBesG wird jedoch die Verminderung der Bezügeanpassung für die auf den 31. Dezember 2002 folgenden acht allgemeinen Anpassungen ausgesetzt. Dies erfolgt, damit die Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter ei-

nen finanziellen Spielraum zum freiwilligen Aufbau einer zusätzlichen privaten Altersvorsorge haben.

Um dennoch auch in diesem Zeitraum den weiteren Anstieg der Versorgungsrücklage zu gewährleisten, wird ihr die Hälfte der durch das Versorgungsänderungsgesetz 2001 erzielten Einsparungen zugeführt (vgl. § 14 a Abs. 3 BBesG). Nach dem Versorgungsänderungsgesetz 2001 ist der Höchstversorgungssatz der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger von 75 vom Hundert auf 71,75 vom Hundert bei den acht ab 1. Januar 2003 folgenden Versorgungsanpassungen im Falle der Erhöhung der Versorgungsbezüge abzusenken. Dies entspricht einer Absenkung von insgesamt 4,33 vom Hundert des ursprünglichen Höchstversorgungssatzes von 75 vom Hundert. Die Absenkung wird dadurch erreicht, dass die linear angepassten ruhegehaltfähigen Dienstbezüge bei jeder der acht Anpassungen jeweils mit einem Anpassungsfaktor (vgl. § 69 e Abs. 3 BeamtVG) vervielfältigt werden (z. B. vierte Anpassung, Faktor 0,97833) mit der Folge, dass die lineare Erhöhung für die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger nicht in vollem Umfang wirksam wird. Aufgrund dessen wirkt sich die Anpassung der Versorgungsbezüge zum 1. Oktober 2008 (Erhöhung um 1,9 vom Hundert) effektiv nur um 1,36 vom Hundert aus; in der zweiten Stufe der Anpassung zum 1. Oktober 2009 (Erhöhung um weitere 1,0 vom Hundert) dementsprechend um 0,46 vom Hundert. Die Absenkung des Versorgungsniveaus durch das Versorgungsänderungsgesetz 2001 ist mit dem Grundgesetz vereinbar (vgl. Bundesverfassungsgericht, Urteil vom 27. September 2005, 2 BvR 1387/02).

Artikel 1 sieht Änderungen des Bremischen Besoldungsgesetzes (BremBesG) vor.

Die Neufassung des § 7 BremBesG beinhaltet redaktionelle Änderungen der Verordnungsermächtigung zum Erlass der Bremischen Beihilfeverordnung.

Durch Neufassung des § 10 Abs. 4 BremBesG wird sichergestellt, dass in einem laufenden Disziplinarverfahren vorerst keine Sonderzahlungen an die Beamtin oder den Beamten erfolgen.

Mit Anfügung des § 13 BremBesG wird der Familienzuschlag für dritte und weitere Kinder um jeweils 50 € mit Wirkung vom 1. Januar 2008 erhöht.

Artikel 2 sieht Änderungen des Bremischen Beamtenversorgungsgesetzes (Brem-BeamtVG) vor.

Mit der Regelung in § 3 BremBeamtVG wird der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 20. März 2007 (2 BvL 11/04) – wonach die dreijährige Wartefrist hinsichtlich der Versorgung aus dem letzten Amt verfassungswidrig ist und nunmehr die zuvor geltende Zweijahresfrist wieder Anwendung findet – in eine gesetzliche Regelung umgesetzt. In diesem Zusammenhang wurde auch § 8 der Bremischen Hochschul-Leistungsbezügeverordnung (BremHLBV) der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts angepasst.

B. Zu den einzelnen Vorschriften

Zu Artikel 1 – Änderung des Bremischen Besoldungsgesetzes

Zu Nummer 1 – Änderung des § 7

Mit der redaktionellen Neufassung der Verordnungsermächtigung für den Erlass der Bremischen Beihilfeverordnung werden die Anforderungen der Rechtsprechung an die inhaltliche Bestimmtheit von Inhalt, Zweck und Ausmaß einer Verordnungsermächtigung umgesetzt, ohne die materielle Rechtslage für die Beihilfeberechtigten und ihre Angehörigen zu verändern.

Zu Nummer 2 – Änderung des § 10

Ziel der Regelung ist, dass vor der endgültigen Klärung der Rechtslage keine Sonderzahlung erfolgt.

Der bisherige Absatz 4, der sich auf die Sonderzahlungen für die Jahre 2006 und 2007 bezog, erledigt sich am 1. Januar 2008 durch Zeitablauf.

Zu Nummer 3 – Anfügung eines neuen § 13

Die Erhöhung des Familienzuschlags für dritte und weitere Kinder um jeweils 50 € monatlich erfolgt als familienpolitisches Signal zur Gestaltung familienfreundlicher Rahmenbedingungen. Die Vorschrift trägt gleichzeitig dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 24. November 1998 (2 BvL 26/96 u. a.) Rechnung, wonach fest-

gestellt wurde, dass die Alimentation kinderreicher Beamtenfamilien im Hinblick auf das dritte und jedes weitere Kind nicht mehr amtsangemessen sei. Mit der Erhöhung des Familienzuschlages für dritte und weitere Kinder ist nunmehr eine ausreichende Alimentation von Beamtenfamilien mit drei und mehr Kindern gewährleistet. Der Erhöhungsbetrag entspricht vergleichbaren Regelungen in den anderen Bundesländern.

Zu Artikel 2 – Änderung des Bremischen Beamtenversorgungsgesetzes

§ 3 Absatz 1 BremBeamtVG setzt den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 20. März 2007 (2 BvL 11/04) um. Danach wurde § 5 Abs. 3 Satz 1 BeamtVG in der seit dem 1. Januar 1999 geltenden Fassung für nichtig erklärt, weil eine Wartefrist von drei Jahren für die Versorgung aus dem zuletzt bekleideten Amt mit Artikel 33 Abs. 5 GG nicht vereinbar sei. Somit ist seit dem 13. April 2007 (Tag der Bekanntmachung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts) wieder die bis zum 31. Dezember 1998 geltende Zweijahresfrist anzuwenden. Folglich bedurfte es der Umsetzung in eine gesetzliche Regelung. Die Zweijahresfrist ist verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden (vgl. Bundesverfassungsgericht, Beschluss vom 7. Juli 1982 – 2 BvL 14/78). In die Neuordnung wurden zudem die Ämter, die keiner Laufbahn angehören, einbezogen. Da in § 5 Abs. 3 Satz 3 und Abs. 5 BeamtVG sowie in § 33 Abs. 3 Satz 1 BBesG ebenfalls eine Mindestfrist von drei Jahren genannt ist, muss in verfassungskonformer Auslegung auch eine Mindestfrist von zwei Jahren Anwendung finden. Die Regelung stellt dies sicher.

Durch § 3 Abs. 2 BremBeamtVG wird für Beamtinnen und Beamte, die von der Besoldungsordnung C in die Besoldungsordnung W wechseln, der versorgungsrechtliche Besitzstand gewahrt. Bei einem Wechsel von der Besoldungsordnung C in W vermindert sich das Grundgehalt. Zwar wird die Verminderung durch die Gewährung von Leistungsbezügen nach § 33 Abs. 1 BBesG in der Regel ausgeglichen. Jedoch können Leistungsbezüge nach dem Wechsel in die Besoldungsordnung W erst nach zweijähriger Wartefrist (seit dem 13. April 2007, zuvor dreijährige Wartefrist, vgl. Bundesverfassungsgericht, Beschluss vom 20. März 2007, 2 BvL 11/04) für ruhegehaltfähig erklärt werden. Bei Eintritt eines Ruhestandsfalls resultieren hieraus erhebliche Einbußen beim Ruhegehalt. Daher ist es geboten, Zeiten in der Besoldungsordnung W in die Zweijahresfrist einzubeziehen.

Zu Artikel 3 – Änderung des § 8 Hochschul-Leistungsbezügeverordnung

Die Änderung stellt eine Folgeänderung zu Artikel 2 dar.

Aufgrund des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 13. September 2005 (2 BvF 2/03), wonach Änderungen einer Rechtsverordnung durch ein Parlament kein Gesetzesrang zukommen, ist die Aufnahme einer sogenannten „Entsteinerungsklausel“ entbehrlich.

Zu Artikel 4 – Bremisches Besoldungs- und Beamtenversorgungsanpassungsgesetz 2008/2009

Zu § 1

Die Vorschrift regelt den Geltungsbereich des Gesetzes. Anwärterinnen und Anwärter, die sich am 31. Dezember 1998 in einem Beamtenverhältnis auf Widerruf befanden und jetzt noch befinden, erhalten Anwärterbezüge nach den bis zum 31. Dezember 1998 geltenden Vorschriften. Sie sind deshalb – wie bereits unter Bundesrecht – von der Linearanpassung und damit vom Geltungsbereich des BremBBVAnpG 2008/2009 ausgenommen (vgl. § 82 BBesG).

Zu § 2

Die Vorschrift bestimmt die prozentuale Erhöhung für die erste Stufe der allgemeinen Besoldungsanpassung zum 1. Oktober 2008 für die Jahre 2008/2009.

Die Erhöhung der Bezüge wird für alle Besoldungsgruppen zum gleichen Zeitpunkt wirksam. Dabei werden die Bezügebestandteile erfasst, die bereits im Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 2003/2004 angepasst worden sind. Sinn und Zweck der Orientierung an der Praxis des Bundes ist es, die Aufnahme aller erforderlichen Regelungstatbestände sicherzustellen und entsprechend fortzuschreiben.

Zu Nr. 1 Buchstabe a)

Erhöht werden die Grundgehaltssätze der Besoldungsordnungen A, B, R und W sowie der Grundgehaltssatz der bremischen Besoldungsgruppe A 12 a.

Zu Nr. 1 Buchstabe b)

Erhöhungsbeträge zum Familienzuschlag für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 5 nehmen, entsprechend der Praxis des Bundes in der Vergangenheit, an den Bezügeanpassungen nicht teil. Die Erhöhungsbeträge wurden mit dem Vierten Gesetz zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften vom 20. Dezember 1985 (BGBl. IS. 2466) zum 1. Januar 1986 für das zweite und jedes weitere Kind für die unteren Besoldungsgruppen (A 2 bis A 5) eingeführt. In der Folgezeit wurden sie durch das Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1993 nur einmal um jeweils 10 DM (auf 30, 40, 50 DM) angehoben. Grund hierfür war, dass auch das erste Kind in den Erhöhungsbetrag mit einem Sockelbetrag von seinerzeit 10 DM ab 1. Januar 1993 einbezogen wurde. Diese seit 1993 geltenden Erhöhungsbeträge sind auch nach der Euroumstellung unverändert geblieben.

Zu Nr. 1 Buchstabe c)

Erhöht werden die Amtszulagen als Bestandteil des Grundgehalts, auch soweit sie landesrechtlich geregelt sind (Anlage 1 Nr. 2 Bremische Besoldungsordnung) und die das Grundgehalt ergänzende allgemeine Stellenzulage nach der fortgeltenden Vorbemerkung 27 zu den Besoldungsordnungen A und B (BBesO A/B). Alle sonstigen funktionsbezogenen Stellenzulagen (Sicherheits-, Polizei-, Feuerwehr- und Justizvollzugsdienstzulage) sind von der Anpassung ausgenommen.

Zu Nr. 1 Buchstabe d)

Hinsichtlich der Anwärterbezüge wird lediglich der Anwärtergrundbetrag, nicht aber der Anwärtersonderzuschlag erhöht.

Zu Nr. 1 Buchstabe e)

Nach der Bremischen Hochschul-Leistungsbezügeverordnung (BremHLBV) vom 1. Juli 2003 (Brem.GBl. S. 285) können folgende Leistungsbezüge für dynamisch erklärt werden:

- Berufungs- und Bleibeleistungsbezüge nach § 3 Abs. 2 Satz 3 BremHLBV, sofern bei der Gewährung darüber entschieden wurde, dass sie an den regelmäßigen Besoldungsanpassungen teilnehmen sollen und
- besondere Leistungsbezüge nach § 4 Abs. 2 Satz 4 BremHLBV.

Funktionsleistungsbezüge gemäß § 5 Abs. 2 Satz 5 BremHLBV sind dynamisch anzupassen, sofern sie länger als drei Jahre ununterbrochen gewährt wurden.

Zu Nr. 1 Buchstabe f)

Die Mehrarbeitsvergütung als speziell geregelter Bezügebestandteil für angeordnete oder genehmigte Mehrarbeit hat bereits in der Vergangenheit an Besoldungsanpassungen teilgenommen. Gründe, hiervon bei weiteren Anpassungen Abstand zu nehmen, sind nicht ersichtlich.

Zu Nr. 1 Buchstabe g)

Mit der Erhöhung der Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten nach § 4 Abs. 1 Nr. 1 EZulV wird an der bundesrechtlichen Praxis festgehalten, wonach der besonders belastende Dienst an Sonntagen, gesetzlichen Feiertagen und zu bestimmten Vorfesttagszeiten bei Bezügeanpassungen berücksichtigt worden ist. Darüber hinaus besteht kein Anpassungsbedarf für weitere Erschwerniszulagen; insbesondere ist die Zulage für die Pflege Schwerbrandverletzter nach § 17 EZulV durch dieses Gesetz nicht zu erhöhen, da entsprechendes Personal in Bremen nicht vorhanden ist.

Zu Nr. 2

Absatz 2 sieht eine Erhöhung der Auslandsdienstbezüge mit einem auf 1,62 vom Hundert verminderten Anpassungssatz für den Auslandszuschlag und den Auslandskinderschlag (85 vom Hundert von 1,9 vom Hundert) vor. Die verminderte Anpassung berücksichtigt pauschalierend, dass Auslandsdienstbezüge auch immaterielle Belastungen abgelten und steuerfreie Bezügebestandteile enthalten. Dies entspricht der vom Bund geübten Verfahrensweise.

Zu § 3

§ 3 regelt die Anpassung für Besoldungsbestandteile aus fortgeltenden bundes- bzw. landesrechtlichen Vorschriften nach § 84 BBesG.

Die Ziffern 1 bis 4 regeln die Erhöhung der Bezüge nach fortgeltenden Besoldungsordnungen bzw. Vorschriften für Hochschullehrer. Ziffer 3 stellt hierbei eine spezielle Regelung für die Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer der Besoldungsordnung C dar. Die nach § 77 BBesG nach Bundesrecht fortgeltende Anpassungsregelung der Besoldungsordnung C gilt nicht für landesrechtliche Besoldungsanpassungen. Sie bedarf daher einer entsprechenden Regelung im Landesrecht.

Ausgenommen von der bisherigen Regelung des Bundes wurde die Erhöhung der Beträge der Amtszulagen nach Anlage 2 der Verordnung zur Überleitung in die im Zweiten Gesetz zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern geregelten Ämter und über die künftig wegfallenden Ämter vom 1. Oktober 1975 (BGBl. I S. 2608), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 24. März 1997 (BGBl. I S. 590). In der Anlage 2 der Verordnung ist für Bremen das Amt „Verwaltungsdirektor einer Krankenanstalt“ in den Besoldungsgruppen A 14 und A 15 ohne Amtszulage ausgewiesen. Dieses Amt ist jedoch entbehrlich, da die kommunalen Kliniken in Bremen mittlerweile privatrechtlich organisiert sind.

Erhöht werden zudem auch nicht – mangels Regelungsbedarf für das Land Bremen – die Bemessungsgrundlagen der Zulagen, Aufwandsentschädigungen und anderen Bezüge nach Artikel 14 § 4 Abs. 1 und § 5 des Reformgesetzes vom 24. Februar 1997 (BGBl. I S. 322), geändert durch Gesetz vom 19. Februar 2006 (BGBl. I S. 334), sowie die Anrechnungsbeträge nach Artikel 14 § 4 Abs. 2 des Reformgesetzes, da es in Bremen keine Beamtinnen und Beamten gibt, die aufgrund dienstlicher Verpflichtungen in Gemeinschaftsunterkünften wohnen.

Zu § 4

Die Vorschrift verweist für die Höhe der Besoldung nach erfolgter prozentualer Erhöhung zum 1. Oktober 2008 auf die in den Anlagen 1 bis 20 (Besoldungstabellen) ausgewiesenen Beträge. Diese Anlagen ersetzen zum 1. Oktober 2008 die entsprechenden Besoldungstabellen und Beträge nach fortgeltendem Bundesrecht bzw. den Grundgehaltssatz nach der bremischen Besoldungsgruppe A 12 a sowie die landesrechtlich geregelten Amtszulagen (Anlage 1 Nr. 2 Bremische Besoldungsordnung). Eine Aufnahme der Tabellen in das Stammgesetz (Bremisches Besoldungsgesetz) wird angestrebt.

Zu § 5

Die Vorschrift bestimmt die prozentuale Erhöhung für die zweite Stufe der allgemeinen Besoldungsanpassung zum 1. Oktober 2009. Basis dieser Erhöhung sind die am 1. August 2004 durch das BBVAnpG 2003/2004 erhöhten Beträge des fortgeltenden Bundesrechts in der Fassung vom 31. August 2006.

Zu § 6

Die Vorschrift verweist für die Höhe der Besoldung nach erfolgter prozentualer Erhöhung zum 1. Oktober 2009 auf die in den Anlagen 1 a bis 20 a (Besoldungstabellen) ausgewiesenen Beträge. Diese Anlagen ersetzen zum 1. Oktober 2009 die Anlagen 1 bis 20 zu diesem Gesetz.

Zu § 7

Nach Absatz 1 sind die prozentualen Erhöhungen zum 1. Oktober 2008 und zum 1. Oktober 2009 auch Grundlage für die allgemeine Anpassung der Versorgungsbezüge. Die Regelungen entsprechen der Systematik des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 2003/2004.

In festen Beträgen festgesetzte Versorgungsbezüge gemäß Absatz 2 sind solche, deren Berechnung ein Ortszuschlag nach dem BBesG in der bis zum 30. Juni 1997 geltenden Fassung nicht zugrunde liegt (z. B. alte Gnadenbezüge, ein Teil der Unterhaltsbeiträge für geschiedene Ehefrauen, Grundvergütungen). Der in Absatz 2 enthaltene Vomhundertsatz (1,85 vom Hundert bzw. 0,95 vom Hundert) entspricht der bisherigen Praxis des Bundes, die Anpassung der Versorgungsfestbeträge bei jeder Erhöhung um 0,1 vom Hundert zu vermindern. Da es sich bei den Erhöhungen zum 1. Oktober 2008 und 1. Oktober 2009 insgesamt um eine Erhöhung um 2,9 vom Hundert auf der Basis der Beträge vom 1. August 2004 handelt, war entsprechend die

Verminderung von 0,1 vom Hundert zu halbieren. In Fällen des § 57 Abs. 2 Satz 2 BeamtVG (Versorgungsausgleich) erhöht sich der Kürzungsbetrag nach dieser Vorschrift.

Absatz 3 der Vorschrift stellt für Versorgungsempfängerinnen und -empfänger eine Übergangsregelung dar, deren Versorgungsbezüge keine allgemeine Stellenzulage im Zeitpunkt des Eintritts in den Ruhestand zugrunde lag. Mit dem Fünften Gesetz zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften vom 28. Mai 1990 (BGBl. I S. 967) wurde die seinerzeitige Stellenzulage nach der Vorbemerkung Nummer 27 zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B in Höhe von 67 DM ab 1. Januar 1990 in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 8 (Zwischenbesoldungsgruppen sind bis zur Besoldungsgruppe A 8 in Bremen nicht vorhanden) in das Grundgehalt integriert. Die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger waren in das neue – erhöhte – Grundgehalt überzuleiten. Da die vorgenannte Stellenzulage nicht alle Beamtinnen und Beamte sowie Versorgungsempfängerinnen und -empfänger erhalten haben, waren diese von der Erhöhung des Grundgehalts auszuschließen. Dies erfolgte durch eine Verminderung des Grundgehalts. Der Verminderungsbetrag von ursprünglich 67 DM erhöht sich entsprechend den allgemeinen Erhöhungen der Versorgungsbezüge. Da zuletzt ein Verminderungsbetrag in Höhe 47,71 € anzusetzen war (vgl. § 71 BeamtVG), erhöht sich dieser Betrag durch die Anpassung der Versorgungsbezüge zum 1. Oktober 2008 auf 48,62 € und zum 1. Oktober 2009 auf 49,09 €.

Absatz 4 stellt klar, dass die Anpassungen der Versorgungsbezüge nach diesem Gesetz bei der Anwendung beamtenversorgungsrechtlicher Vorschriften als Anpassungen im Sinne des § 70 BeamtVG gelten. Hierdurch wird die Absenkung des Versorgungsniveaus nach dem Versorgungsänderungsgesetz 2001 fortgeführt. Nach § 69 e BeamtVG wird seit dem Jahr 2003 der Höchstversorgungssatz von 75 vom Hundert auf 71,75 vom Hundert in acht gleichen Schritten von jeweils rund 0,54 vom Hundert um insgesamt 4,33 vom Hundert abgesenkt. Die Absenkung wird dadurch erreicht, dass die linear angepassten ruhegehaltfähigen Dienstbezüge jeweils mit einem Anpassungsfaktor vervielfältigt werden mit der Folge, dass die lineare Erhöhung der Versorgungsbezüge für die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger nicht in vollem Umfang wirksam wird. Die Anpassungen nach diesem Gesetz stellen die vierte und fünfte Anpassung seit 2003 dar. Daraus folgt, dass zum 1. Oktober 2008 der vierte und zum 1. Oktober 2009 der fünfte Anpassungsfaktor nach § 69 e Abs. 3 BeamtVG zum Tragen kommt. Durch die Anwendung der Anpassungsfaktoren erhöhen sich die Versorgungsbezüge daher effektiv nur um rund 1,36 vom Hundert (zum 1. Oktober 2008) und um rund 0,46 vom Hundert (zum 1. Oktober 2009). Die Hälfte der hierdurch erzielten Einsparungen wird dem Sondervermögen „Versorgungsrücklage des Landes Bremen“ zugeführt. Für den Zeitraum der vierten und fünften Anpassung seit dem Jahr 2003 entfällt auch die Bezügeminderung zum Aufbau der Versorgungsrücklage um jeweils 0,2 vom Hundert (vgl. § 14 a Abs. 2a BBesG).

Zu § 8

Die Vorschrift enthält eine allgemeine Rundungsregelung bei der Berechnung der sich aus den einzelnen Anpassungen ergebenden Beträge. Eine besondere Rundungsregelung ist für die Beträge der Stufe 1 des Familienzuschlags erforderlich, weil die Konkurrenzregelung des § 40 Abs. 4 BBesG nur greift, wenn mindestens die Hälfte des Höchstbetrages des Familienzuschlags der Stufe 1 zusteht. Bei diesem Betrag muss es sich folglich um einen durch zwei teilbaren Betrag handeln.

Zu § 9

Durch § 4 wird u. a. die Anlage IX des BBesG in der am 31. August 2006 geltenden Fassung durch eine landesgesetzlich geregelte neue Anlage 6 mit den für bremische Beamtinnen und Beamte sowie Richterinnen und Richter geltenden Amts- und Stellenzulagen ersetzt. Sollen nach Inkrafttreten dieses Gesetzes über diesen Zulagenkatalog hinaus andere, durch Bundesrecht oder Recht eines anderen Landes geregelte Zulagen an eine abgeordnete Beamtin oder Richterin oder an einen abgeordneten Beamten oder Richter gezahlt werden, bedarf dies einer gesetzlichen Regelung. Mit der vorliegenden Übergangsregelung wird die bisherige einheitlich geltende Rechtslage aufrechterhalten. Die Regelung ist befristet bis zum 31. März 2009, weil zum 1. April 2009 das Beamtenstatusgesetz in Kraft treten wird, das wiederum eine für alle Dienstherrn einheitlich geltende Rechtslage schaffen wird.

Zu Artikel 5

Regelt das Inkrafttreten.

Besoldungsordnung A**Grundgehaltssätze**
(Monatsbeträge in Euro)

Besol- dungs- gruppe	2-Jahres-Rhythmus					3-Jahres-Rhythmus				4-Jahres-Rhythmus		
	St u f e											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2	1.502,61	1.538,88	1.575,18	1.611,47	1.647,75	1.684,06	1.720,36					
A 3	1.565,28	1.603,89	1.642,50	1.681,11	1.719,74	1.758,36	1.796,98					
A 4	1.600,82	1.646,31	1.691,74	1.737,22	1.782,68	1.828,15	1.873,59					
A 5	1.613,76	1.671,98	1.717,21	1.762,42	1.807,67	1.852,89	1.898,12	1.943,36				
A 6	1.651,97	1.701,64	1.751,30	1.800,96	1.850,62	1.900,28	1.949,96	1.999,61	2.049,27			
A 7	1.724,58	1.769,21	1.831,70	1.894,19	1.956,67	2.019,17	2.081,67	2.126,29	2.170,92	2.215,57		
A 8		1.832,62	1.886,01	1.966,09	2.046,17	2.126,25	2.206,35	2.259,73	2.313,11	2.366,52	2.419,89	
A 9		1.952,50	2.005,04	2.090,50	2.175,96	2.261,44	2.346,91	2.405,66	2.464,43	2.523,18	2.581,94	
A 10		2.103,83	2.176,83	2.286,32	2.395,84	2.505,34	2.614,86	2.687,86	2.760,86	2.833,85	2.906,85	
A 11			2.425,16	2.537,36	2.649,56	2.761,78	2.873,99	2.948,79	3.023,59	3.098,41	3.173,22	3.248,01
A 12			2.608,15	2.741,94	2.875,70	3.009,48	3.143,26	3.232,44	3.321,61	3.410,80	3.500,00	3.589,17
A 12 a			2.633,30	2.785,95	2.938,60	3.091,25	3.243,89	3.345,66	3.447,42	3.549,18	3.650,94	3.752,71
A 13			2.935,70	3.080,16	3.224,63	3.369,08	3.513,53	3.609,84	3.706,14	3.802,45	3.898,77	3.995,07
A 14			3.055,38	3.242,72	3.430,05	3.617,37	3.804,70	3.929,58	4.054,47	4.179,36	4.304,25	4.429,13
A 15						3.977,94	4.183,90	4.348,67	4.513,44	4.678,21	4.842,98	5.007,74
A 16						4.393,51	4.631,70	4.822,27	5.012,85	5.203,39	5.393,95	5.584,52

Besoldungsordnung B**Grundgehaltssätze**
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	
B 1	5.007,74
B 2	5.825,61
B 3	6.171,85
B 4	6.534,49
B 5	6.950,55
B 6	7.343,43
B 7	7.725,62
B 8	8.123,96
B 9	8.618,54
B 10	10.154,43
B 11	10.550,28

Besoldungsordnung W**Grundgehaltssätze**
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	W 1	W 2	W 3
	3.470,04	3.963,94	4.813,36

Besoldungsordnung R**Grundgehaltssätze**
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	Lebensalter											
	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49
R 1	3.152,72	3.297,19	3.373,25	3.569,41	3.765,59	3.961,76	4.157,95	4.354,13	4.550,29	4.746,48	4.942,65	5.138,84
R 2			3.842,84	4.039,02	4.235,19	4.431,38	4.627,55	4.823,73	5.019,91	5.216,07	5.412,26	5.608,40
R 3	6.171,85											
R 4	6.534,49											
R 5	6.950,55											
R 6	7.343,43											
R 7	7.725,62											
R 8	8.123,96											
R 9	8.618,54											
R 10	10.592,28											

Familienzuschlag
Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

	Stufe 1	Stufe 2
	(§ 40 Abs. 1 BBesG)	(§ 40 Abs. 2 BBesG)
Besoldungsgruppen A 2 bis A 8	102,14	193,90
übrige Besoldungsgruppen	107,28	199,04

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag

für das zweite zu berücksichtigende Kind um

91,76 Euro

für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um

285,91 Euro

Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 5

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind

in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 5 um je

5,11 Euro

ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind

in den Besoldungsgruppen A 2 und A 3 um je

25,56 Euro

in der Besoldungsgruppe A 4 um je

20,45 Euro

in der Besoldungsgruppe A 5 um je

15,34 Euro

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen(Monatsbeträge in Euro)
in der Reihenfolge der Gesetzesstellen

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro
	Vomhundert, Bruchteil
Bundesbesoldungsgesetz	
§ 78	bis zu 76,69
Besoldungsordnungen A und B	
Vorbemerkungen	
Nummer 2 Abs. 2	127,82
Nummer 8	
Die Zulage beträgt	
für Beamte der Besoldungsgruppen	
A 2 bis A 5	115,04
A 6 bis A 9	153,39
A 10 und höher	191,73
Nummer 9	
Die Zulage beträgt	
nach einer Dienstzeit	
von einem Jahr	63,69
von zwei Jahren	127,38
Nummer 10 Abs. 1	
Die Zulage beträgt	
nach einer Dienstzeit	
von einem Jahr	63,69
von zwei Jahren	127,38
Nummer 12	95,53
Nummer 21	180,85
Nummer 25	38,35
Nummer 26 Abs. 1	
Die Zulage beträgt für Beamte	
des mittleren Dienstes	17,05
des gehobenen Dienstes	38,35

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro
	Vomhundert, Bruchteil
Nummer 27	
Abs. 1	
Buchstabe a	
Doppelbuchstabe aa	16,69
Doppelbuchstabe bb	65,30
Buchstabe b	72,57
Buchstabe c	72,57
Abs. 2	
Buchstabe a	
Doppelbuchstabe bb	48,63
Buchstabe b und c	72,57
Besoldungsgruppen	Fußnote
A 2	1 31,17
	3 57,49
A 3	1, 5 57,49
	2 31,17
A 4	1, 4 57,49
	2 31,17
A 5	3 31,17
	4, 6 57,49
A 6	6 31,17
A 9	3, 6 232,09
A 12	7, 8 134,80
A 13	6 107,81
	7 161,71
	11, 12, 13 235,86
A 14	5 161,71
A 15	7 161,71
Besoldungsgruppen	Fußnote
R 1	1, 2 178,78
R 2	3 bis 8, 10 178,78
R 3	3 178,78

Gültig ab 1. Oktober 2008

Anlage 7
(ersetzt Anlage VIII BBesG)

Anwärtergrundbetrag
(Monatsbeträge in Euro)

Eingangsam, in das der Anwärter nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag
A 2 bis A 4	722,48
A 5 bis A 8	833,20
A 9 bis A 11	882,70
A 12	1.010,87
A 13	1.040,02
A 13 + Zulage (Nummer 27 Abs. 1 Buchst. C der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B) oder R 1	1.072,05

Gültig ab 1. Oktober 2008

Anlage 8
(ersetzt die Beträge nach
§ 4 Abs. 1 MVergV und
§ 4 Abs. 3 MVergV)

Mehrarbeitsvergütung
(Beträge in Euro)

§ 4 Abs. 1 MVergV	
Besoldungsgruppen	
A 2 bis A 4	10,15
A 5 bis A 8	11,99
A 9 bis A 12	16,46
A 13 bis A 16	22,69
§ 4 Abs. 3 MVergV	
Nummer 1	15,32
Nummer 2	18,97
Nummer 3	22,53
Nummer 4	26,32
Nummer 5	26,32

Gültig ab 1. Oktober 2008

Anlage 9
(ersetzt den Betrag in
§ 4 Abs. 1 Nr. 1 EZuIV)

Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten
(Beträge in Euro)

§ 4 Abs. 1 Nr. 1 EZuIV
2,77

Gültig ab 1. Oktober 2008

Anlage 10
(ersetzt Anlage VI a BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 2 BBesG)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	891,88	1.052,57	1.215,42	1.377,18	1.540,03	1.702,87	1.863,57	2.027,49	2.187,11	2.350,48	2.512,80	2.674,02
A 9	1.048,80	1.222,97	1.396,05	1.570,21	1.745,47	1.919,10	2.093,28	2.267,98	2.441,61	2.615,79	2.789,42	2.963,58
A 10	1.183,60	1.366,39	1.546,50	1.727,68	1.908,31	2.090,04	2.270,67	2.451,32	2.631,41	2.812,06	2.993,78	3.174,43
A 11	1.288,76	1.478,55	1.666,74	1.855,48	2.044,20	2.232,40	2.421,67	2.610,38	2.799,65	2.987,84	3.176,58	3.364,77
A 12	1.434,88	1.634,93	1.834,43	2.035,04	2.234,54	2.435,68	2.635,19	2.835,78	3.035,29	3.235,89	3.436,47	3.636,53
A 13 und C 1	1.577,78	1.786,46	1.993,51	2.201,66	2.409,25	2.617,41	2.825,55	3.033,14	3.241,83	3.448,87	3.657,57	3.865,17
A 14	1.723,36	1.938,51	2.153,66	2.369,36	2.584,51	2.800,19	3.015,35	3.229,96	3.445,10	3.660,80	3.875,40	4.090,02
A 15, C 2 und R 1	1.925,58	2.157,98	2.390,40	2.622,78	2.855,20	3.088,14	3.320,01	3.553,49	3.785,90	4.018,85	4.251,25	4.483,66
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	2.034,48	2.278,77	2.523,03	2.766,77	3.012,11	3.255,31	3.499,57	3.743,84	3.988,11	4.232,92	4.476,66	4.720,38
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	2.034,48	2.287,40	2.542,98	2.798,57	3.054,18	3.310,84	3.566,44	3.822,57	4.078,15	4.334,30	4.589,89	4.845,49
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2.240,49	2.524,11	2.807,75	3.090,85	3.374,46	3.658,10	3.941,20	4.224,29	4.508,46	4.791,02	5.074,11	5.358,83
B 8 und höher, R 8 und höher	2.400,10	2.720,39	3.039,62	3.359,91	3.679,68	3.999,98	4.320,81	4.640,57	4.960,89	5.280,63	5.600,93	5.920,70

Gültig ab 1. Oktober 2008

Anlage 11
(ersetzt Anlage VI b BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 3 BBesG)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	758,69	895,10	1.032,60	1.170,65	1.309,78	1.447,28	1.584,25	1.722,83	1.859,24	1.998,36	2.135,87	2.272,83
A 9	890,80	1.039,62	1.186,30	1.334,60	1.484,49	1.631,69	1.779,98	1.928,27	2.075,48	2.223,76	2.370,97	2.518,18
A 10	1.006,20	1.162,03	1.315,18	1.468,85	1.623,07	1.776,22	1.930,42	2.084,10	2.236,17	2.390,40	2.545,14	2.698,28
A 11	1.095,71	1.256,39	1.416,54	1.577,23	1.737,92	1.898,62	2.058,76	2.219,45	2.379,07	2.539,21	2.700,45	2.859,52
A 12	1.218,65	1.389,59	1.559,43	1.729,29	1.900,23	2.070,08	2.239,41	2.409,80	2.580,72	2.750,59	2.920,99	3.090,85
A 13 und C 1	1.341,59	1.518,46	1.694,24	1.871,64	2.047,98	2.224,85	2.401,71	2.578,04	2.755,99	2.931,77	3.108,64	3.285,50
A 14	1.465,08	1.647,88	1.830,13	2.014,56	2.196,80	2.379,61	2.561,86	2.745,20	2.928,54	3.111,33	3.294,12	3.476,38
A 15, C 2 und R 1	1.636,55	1.833,90	2.031,27	2.229,70	2.428,14	2.624,41	2.821,76	3.020,74	3.218,64	3.415,99	3.613,35	3.811,78
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1.728,76	1.936,36	2.143,96	2.352,11	2.559,17	2.766,77	2.974,91	3.181,97	3.390,11	3.598,79	3.805,32	4.012,90
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1.728,76	1.944,45	2.161,76	2.379,07	2.595,83	2.813,69	3.031,52	3.248,83	3.466,15	3.683,44	3.900,75	4.118,08
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1.905,08	2.145,04	2.386,07	2.627,11	2.868,14	3.109,18	3.350,21	3.591,24	3.831,73	4.073,31	4.313,25	4.554,84
B 8 und höher, R 8 und höher	2.039,90	2.312,21	2.584,51	2.856,27	3.129,12	3.399,82	3.672,13	3.943,89	4.216,19	4.487,97	4.760,28	5.032,60

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4 BBesG)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	624,96	736,58	851,43	964,14	1.078,44	1.191,69	1.304,92	1.419,24	1.531,39	1.645,71	1.758,95	1.872,20
A 9	733,90	855,20	977,08	1.098,40	1.222,43	1.343,75	1.465,61	1.587,49	1.709,35	1.830,13	1.952,54	2.074,41
A 10	829,33	956,58	1.082,75	1.210,03	1.336,20	1.463,47	1.589,63	1.715,81	1.843,08	1.968,71	2.094,90	2.222,68
A 11	902,66	1.034,25	1.166,89	1.298,99	1.431,63	1.562,67	1.694,79	1.826,89	1.959,54	2.090,58	2.223,76	2.355,34
A 12	1.004,05	1.144,23	1.283,90	1.425,17	1.564,29	1.704,49	1.845,23	1.984,34	2.124,55	2.265,29	2.405,48	2.546,22
A 13 und C 1	1.104,34	1.249,93	1.394,97	1.540,57	1.686,70	1.831,74	1.977,34	2.122,93	2.269,06	2.414,11	2.560,23	2.705,30
A 14	1.206,78	1.357,23	1.507,13	1.657,57	1.809,64	1.960,09	2.110,53	2.260,96	2.411,41	2.561,86	2.712,31	2.863,30
A 15, C 2 und R 1	1.347,53	1.509,84	1.673,22	1.836,60	1.998,92	2.162,29	2.324,61	2.487,45	2.650,30	2.813,15	2.975,98	3.138,29
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1.424,09	1.595,03	1.765,42	1.936,36	2.108,37	2.279,31	2.449,15	2.620,64	2.791,57	2.963,58	3.133,97	3.304,39
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1.424,09	1.600,41	1.779,98	1.959,00	2.138,02	2.318,12	2.496,07	2.674,56	2.854,12	3.033,68	3.212,17	3.391,73
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1.568,61	1.766,50	1.965,47	2.163,92	2.361,80	2.560,23	2.759,21	2.957,11	3.156,09	3.353,44	3.552,42	3.751,38
B 8 und höher, R 8 und höher	1.679,68	1.904,00	2.127,79	2.352,11	2.576,42	2.800,74	3.024,52	3.248,83	3.472,07	3.696,40	3.920,70	4.144,48

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4 BBesG)

-Unterkunft und Verpflegung-

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	437,32	516,04	595,32	675,11	754,91	834,19	912,91	993,78	1.071,45	1.152,33	1.231,05	1.310,86
A 9	513,34	598,53	683,74	768,93	855,20	940,40	1.026,15	1.111,35	1.196,01	1.281,20	1.367,48	1.451,06
A 10	580,75	669,71	758,17	846,59	935,55	1.024,53	1.113,51	1.201,93	1.289,83	1.377,72	1.466,68	1.555,13
A 11	630,89	724,72	816,38	909,14	1.001,35	1.094,08	1.186,30	1.279,04	1.371,79	1.464,00	1.556,21	1.648,42
A 12	702,61	800,76	899,97	997,03	1.095,16	1.192,76	1.291,44	1.389,59	1.487,73	1.585,33	1.683,45	1.781,60
A 13 und C 1	772,71	874,62	976,54	1.078,99	1.180,37	1.282,28	1.384,75	1.486,65	1.588,56	1.690,47	1.792,38	1.894,30
A 14	844,96	950,12	1.055,26	1.161,49	1.266,64	1.372,34	1.477,47	1.582,63	1.687,78	1.793,47	1.899,16	2.004,29
A 15, C 2 und R 1	943,64	1.057,42	1.171,19	1.284,98	1.398,75	1.511,98	1.627,38	1.741,70	1.854,93	1.969,25	2.083,03	2.197,33
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	997,03	1.116,73	1.235,90	1.355,07	1.475,87	1.595,03	1.714,74	1.834,43	1.954,69	2.074,41	2.193,57	2.312,74
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	997,03	1.120,50	1.246,16	1.371,79	1.496,34	1.621,44	1.748,18	1.872,72	1.998,36	2.122,93	2.249,65	2.374,76
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1.097,87	1.236,45	1.375,57	1.514,69	1.653,27	1.792,38	1.931,50	2.070,08	2.209,20	2.347,78	2.486,91	2.624,95
B 8 und höher, R 8 und höher	1.176,05	1.332,42	1.489,88	1.646,24	1.803,18	1.960,09	2.117,00	2.273,38	2.431,38	2.587,20	2.744,12	2.901,58

Gültig ab 1. Oktober 2008

Anlage 14
(ersetzt Anlage VI e BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4 BBesG)

-Unterkunft und Verpflegung-

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	531,14	626,04	723,64	819,08	916,13	1.012,67	1.109,73	1.206,78	1.301,70	1.398,75	1.494,73	1.591,79
A 9	623,88	727,41	830,94	934,49	1.039,09	1.141,54	1.246,16	1.349,15	1.452,68	1.556,21	1.659,20	1.762,73
A 10	704,23	812,61	919,92	1.028,30	1.135,61	1.243,99	1.350,76	1.458,60	1.565,36	1.673,22	1.781,60	1.888,91
A 11	766,78	879,47	992,18	1.104,34	1.215,95	1.328,11	1.441,34	1.552,97	1.665,67	1.777,83	1.889,99	2.002,16
A 12	853,60	972,77	1.091,94	1.210,57	1.329,18	1.448,36	1.568,08	1.686,70	1.806,95	1.925,58	2.044,20	2.163,92
A 13 und C 1	938,80	1.062,82	1.185,75	1.310,33	1.433,80	1.556,74	1.680,76	1.804,78	1.928,81	2.052,30	2.176,31	2.299,79
A 14	1.025,61	1.154,48	1.281,20	1.409,54	1.537,33	1.666,20	1.793,47	1.921,25	2.049,60	2.177,93	2.305,19	2.434,59
A 15, C 2 und R 1	1.145,31	1.283,34	1.421,93	1.560,52	1.699,65	1.837,68	1.975,73	2.114,32	2.252,90	2.390,93	2.529,50	2.667,55
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1.210,57	1.355,07	1.501,21	1.646,24	1.791,85	1.936,90	2.082,49	2.227,55	2.373,13	2.518,18	2.663,78	2.808,83
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1.210,57	1.361,01	1.511,98	1.665,67	1.817,18	1.970,32	2.121,85	2.273,91	2.427,05	2.578,59	2.730,64	2.882,71
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1.332,96	1.501,75	1.670,52	1.839,31	2.007,01	2.176,85	2.345,09	2.513,87	2.681,56	2.850,90	3.019,65	3.188,43
B 8 und höher, R 8 und höher	1.428,94	1.618,22	1.809,64	1.999,44	2.189,80	2.380,13	2.571,02	2.761,37	2.950,64	3.141,54	3.331,87	3.523,30

Gültig ab 1. Oktober 2008

Anlage 15
(ersetzt Anlage VI f BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5 BBesG)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	988,41	1.156,10	1.322,19	1.490,42	1.654,88	1.822,59	1.990,29	2.157,98	2.324,61	2.490,69	2.657,30	2.825,55
A 9	1.157,71	1.336,20	1.516,83	1.694,24	1.873,28	2.051,76	2.230,23	2.410,32	2.588,82	2.767,31	2.947,41	3.126,43
A 10	1.309,24	1.495,27	1.680,76	1.865,71	2.051,21	2.237,26	2.422,72	2.608,77	2.795,34	2.979,76	3.165,80	3.351,83
A 11	1.425,17	1.619,29	1.814,50	2.008,61	2.203,81	2.399,01	2.593,14	2.787,79	2.982,99	3.177,66	3.372,85	3.566,98
A 12	1.584,25	1.790,23	1.995,66	2.201,12	2.406,56	2.612,00	2.817,46	3.023,43	3.228,88	3.434,32	3.639,76	3.845,21
A 13 und C 1	1.742,77	1.957,38	2.171,46	2.386,07	2.601,22	2.814,76	3.029,37	3.244,51	3.459,66	3.673,21	3.887,81	4.103,50
A 14	1.902,93	2.124,02	2.346,17	2.567,80	2.789,95	3.012,66	3.233,73	3.455,36	3.676,44	3.898,59	4.119,68	4.342,92
A 15, C 2 und R 1	2.126,71	2.368,27	2.609,31	2.850,34	3.090,85	3.331,87	3.573,45	3.814,48	4.055,52	4.296,01	4.535,96	4.778,61
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	2.255,58	2.507,94	2.761,37	3.014,80	3.266,09	3.518,99	3.770,79	4.024,24	4.276,60	4.528,95	4.782,40	5.034,75
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	2.256,12	2.521,95	2.787,25	3.052,55	3.317,86	3.583,15	3.848,98	4.114,29	4.379,59	4.644,89	4.910,74	5.175,49
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2.515,49	2.807,21	3.098,38	3.390,65	3.682,36	3.974,08	4.265,80	4.558,07	4.849,26	5.141,50	5.433,24	5.725,50
B 8 und höher, R 8 und höher	2.712,85	3.042,31	3.372,31	3.702,32	4.031,79	4.360,72	4.691,26	5.020,20	5.349,66	5.680,19		

Gültig ab 1. Oktober 2008

Anlage 16
(ersetzt Anlage VI g BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5 BBesG)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	848,74	988,94	1.131,28	1.272,04	1.413,86	1.556,21	1.696,94	1.839,31	1.981,11	2.121,31	2.264,21	2.403,87
A 9	991,09	1.141,54	1.296,85	1.447,83	1.599,34	1.751,41	1.902,93	2.053,91	2.205,98	2.358,57	2.510,09	2.662,15
A 10	1.121,05	1.280,66	1.438,65	1.598,27	1.756,80	1.914,26	2.073,32	2.230,77	2.390,93	2.548,91	2.706,91	2.866,52
A 11	1.222,97	1.388,52	1.554,04	1.720,13	1.885,67	2.051,76	2.217,30	2.383,91	2.549,46	2.715,00	2.881,08	3.047,16
A 12	1.360,47	1.534,10	1.708,79	1.882,98	2.057,68	2.231,32	2.406,03	2.580,72	2.755,44	2.929,07	3.103,24	3.277,41
A 13 und C 1	1.496,89	1.679,15	1.860,87	2.043,12	2.225,93	2.407,64	2.589,37	2.771,08	2.954,42	3.136,13	3.317,86	3.500,12
A 14	1.633,31	1.820,42	2.008,61	2.197,33	2.385,54	2.573,73	2.761,91	2.949,02	3.137,75	3.326,48	3.514,13	3.702,86
A 15, C 2 und R 1	1.826,37	2.030,72	2.234,54	2.439,45	2.644,37	2.848,73	3.052,55	3.256,38	3.461,82	3.666,20	3.870,55	4.074,38
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1.937,44	2.152,06	2.366,12	2.580,72	2.794,80	3.009,42	3.222,95	3.437,56	3.651,63	3.866,25	4.080,33	4.294,40
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1.942,28	2.167,14	2.392,54	2.617,93	2.842,80	3.068,19	3.293,60	3.518,99	3.743,84	3.969,79	4.195,17	4.419,50
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2.166,07	2.413,58	2.662,70	2.910,19	3.158,79	3.405,75	3.653,79	3.901,83	4.150,40	4.398,46	4.645,96	4.894,56
B 8 und höher, R 8 und höher	2.339,71	2.619,01	2.899,95	3.178,73	3.459,66	3.738,99	4.018,85	4.298,70	4.578,55	4.857,88		

Gültig ab 1. Oktober 2008

Anlage 17
(ersetzt Anlage VI h BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5 BBesG)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	710,16	828,24	943,10	1.060,12	1.176,05	1.292,00	1.408,44	1.524,93	1.641,94	1.757,87	1.873,81	1.990,29
A 9	830,94	956,58	1.082,75	1.206,78	1.332,96	1.459,14	1.584,77	1.712,04	1.838,22	1.963,87	2.090,04	2.216,22
A 10	939,87	1.068,74	1.199,24	1.327,04	1.456,98	1.586,41	1.716,36	1.846,29	1.975,18	2.105,67	2.233,47	2.362,89
A 11	1.023,46	1.161,49	1.297,91	1.434,88	1.572,38	1.708,79	1.846,29	1.982,19	2.119,69	2.256,67	2.393,62	2.531,12
A 12	1.137,22	1.281,73	1.426,79	1.570,76	1.714,74	1.858,71	2.003,21	2.146,64	2.292,24	2.436,23	2.580,72	2.724,16
A 13 und C 1	1.253,16	1.400,91	1.550,81	1.700,17	1.849,54	1.997,83	2.146,11	2.296,01	2.444,86	2.593,67	2.743,04	2.891,87
A 14	1.368,56	1.523,31	1.676,99	1.830,67	1.985,43	2.140,19	2.294,94	2.448,63	2.603,92	2.758,68	2.912,36	3.067,12
A 15, C 2 und R 1	1.529,79	1.699,10	1.867,34	2.036,13	2.204,89	2.374,21	2.542,98	2.711,76	2.880,54	3.049,32	3.219,17	3.387,42
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1.624,15	1.801,01	1.977,34	2.155,29	2.331,62	2.508,48	2.686,42	2.862,74	3.039,62	3.215,94	3.394,42	3.571,29
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1.628,46	1.814,50	1.999,99	2.185,48	2.371,51	2.557,01	2.743,04	2.928,54	3.114,56	3.300,06	3.486,62	3.671,59
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1.819,88	2.024,26	2.227,55	2.431,91	2.635,19	2.839,03	3.042,31	3.246,68	3.449,96	3.653,25	3.857,63	4.060,91
B 8 und höher, R 8 und höher	1.968,71	2.199,50	2.431,91	2.663,24	2.894,02	3.125,89	3.357,21	3.587,45	3.819,87	4.051,74		

Gültig ab 1. Oktober 2008

Anlage 18
(ersetzt Anlage VI i BBesG)

Auslandskinderzuschlag (§ 56 BBesG)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe													nach § 56
	Stufe												Abs. 1 Nr. 2 BBesG
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
A 2 bis A 16													
B 1 bis B 11	128,87	147,76	167,15	184,95	204,91	223,79	242,11	260,99	279,85	299,27	318,14	335,40	128,87

Besoldungsordnung C
Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
C 1	2.743,09	2.839,40	2.935,70	3.032,00	3.128,33	3.224,63	3.320,92	3.417,23	3.513,53	3.609,84	3.706,14	3.802,45	3.898,77	3.995,07	
C 2	2.749,09	2.902,57	3.056,06	3.209,55	3.363,03	3.516,51	3.669,99	3.823,46	3.976,94	4.130,42	4.283,89	4.437,38	4.590,85	4.744,34	4.897,82
C 3	3.027,21	3.200,99	3.374,79	3.548,58	3.722,36	3.896,15	4.069,92	4.243,70	4.417,49	4.591,28	4.765,05	4.938,84	5.112,62	5.286,40	5.460,18
C 4	3.845,36	4.020,06	4.194,75	4.369,45	4.544,16	4.718,85	4.893,54	5.068,22	5.242,92	5.417,62	5.592,32	5.767,00	5.941,70	6.116,39	6.291,09

Zulagen C-Besoldung
(Monatsbeträge in Euro)

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro Vomhundert, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro Vomhundert, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro Vomhundert, Bruchteil
Bundesbesoldungsordnung C Vorbemerkungen Nummer 2 b	72,57	Nummer 3 Die Zulage beträgt	12,5 v.H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe*)	Nummer 5 wenn ein Amt ausgeübt wird der Besoldungsgruppe R 1 der Besoldungsgruppe R 2 Besoldungsgruppe C 2	205,54 230,08 Fu ß n o t e 1 104,32
		für Beamte der Besoldungsgruppe(n) C 1 C 2 C 3 und C 4	A 13 A 15 B 3		

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes

Bremische Amtszulagen
(Monatsbeträge in Euro)

Dem Grunde nach geregelt in Besoldungsgruppe	Fußnote	in Euro
A 13	1	161,71
	5	145,56
A 14	1	161,71
A 15	1	107,81
	2	161,71
	3	269,46
	4	298,95 (kw)
A 16	1	180,85 (kw)

Besoldungsordnung A
Grundgehaltssätze
 (Monatsbeträge in Euro)

Besol- dungs- gruppe	2-Jahres-Rhythmus				3-Jahres-Rhythmus				4-Jahres-Rhythmus			
	S t u f e											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2	1.517,35	1.553,99	1.590,64	1.627,28	1.663,92	1.700,59	1.737,24					
A 3	1.580,64	1.619,63	1.658,61	1.697,60	1.736,61	1.775,61	1.814,61					
A 4	1.616,53	1.662,46	1.708,35	1.754,27	1.800,17	1.846,09	1.891,98					
A 5	1.629,60	1.688,38	1.734,06	1.779,72	1.825,40	1.871,07	1.916,75	1.962,43				
A 6	1.668,18	1.718,34	1.768,49	1.818,63	1.868,78	1.918,93	1.969,09	2.019,24	2.069,38			
A 7	1.741,50	1.786,57	1.849,68	1.912,78	1.975,88	2.038,98	2.102,10	2.147,15	2.192,22	2.237,31		
A 8		1.850,61	1.904,51	1.985,38	2.066,25	2.147,11	2.228,00	2.281,91	2.335,81	2.389,74	2.443,64	
A 9		1.971,66	2.024,71	2.111,01	2.197,32	2.283,63	2.369,94	2.429,26	2.488,62	2.547,94	2.607,28	
A 10		2.124,47	2.198,19	2.308,76	2.419,35	2.529,93	2.640,52	2.714,23	2.787,95	2.861,66	2.935,38	
A 11			2.448,96	2.562,26	2.675,56	2.788,88	2.902,19	2.977,73	3.053,26	3.128,82	3.204,36	3.279,89
A 12			2.633,75	2.768,84	2.903,92	3.039,02	3.174,10	3.264,16	3.354,21	3.444,27	3.534,35	3.624,40
A 12 a			2.659,14	2.813,29	2.967,44	3.121,58	3.275,73	3.378,50	3.481,25	3.584,01	3.686,77	3.789,54
A 13			2.964,51	3.110,39	3.256,27	3.402,14	3.548,01	3.645,26	3.742,51	3.839,76	3.937,03	4.034,28
A 14			3.085,36	3.274,55	3.463,71	3.652,87	3.842,04	3.968,14	4.094,26	4.220,37	4.346,49	4.472,60
A 15						4.016,98	4.224,96	4.391,35	4.557,73	4.724,12	4.890,51	5.056,89
A 16						4.436,63	4.677,15	4.869,60	5.062,04	5.254,45	5.446,89	5.639,32

Besoldungsordnung B
Grundgehaltssätze
 (Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	
B 1	5.056,89
B 2	5.882,78
B 3	6.232,42
B 4	6.598,62
B 5	7.018,76
B 6	7.415,50
B 7	7.801,44
B 8	8.203,68
B 9	8.703,12
B 10	10.254,08
B 11	10.653,81

Gültig ab 1. Oktober 2009

Anlage 3 a
(ersetzt Anlage 3
BremBBVAnpG 2008/2009)

Besoldungsordnung W

Grundgehaltssätze (Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	W 1	W 2	W 3
	3.504,09	4.002,84	4.860,59

Gültig ab 1. Oktober 2009

Anlage 4 a
(ersetzt Anlage 4
BremBBVAnpG 2008/2009)

Besoldungsordnung R

Grundgehaltssätze (Monatsbeträge in Euro)

Besol- dungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	Lebensalter											
	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49
R 1	3.183,66	3.329,55	3.406,35	3.604,44	3.802,55	4.000,64	4.198,75	4.396,86	4.594,95	4.793,06	4.991,15	5.189,27
R 2			3.880,55	4.078,66	4.276,75	4.474,86	4.672,97	4.871,07	5.069,17	5.267,26	5.465,37	5.663,44
R 3	6.232,42											
R 4	6.598,62											
R 5	7.018,76											
R 6	7.415,50											
R 7	7.801,44											
R 8	8.203,68											
R 9	8.703,12											
R 10	10.696,23											

Familienzuschlag
Grundgehaltssätze
 (Monatsbeträge in Euro)

	Stufe 1	Stufe 2
	(§ 40 Abs. 1 BBesG)	(§ 40 Abs. 2 BBesG)
Besoldungsgruppen A 2 bis A 8	103,16	195,82
übrige Besoldungsgruppen	108,34	201,00

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag

für das zweite zu berücksichtigende Kind um 92,66 Euro

für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 288,72 Euro

Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 5

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind

in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 5 um je 5,11 Euro

ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind

in den Besoldungsgruppen A 2 und A 3 um je 25,56 Euro

in der Besoldungsgruppe A 4 um je 20,45 Euro

in der Besoldungsgruppe A 5 um je 15,34 Euro

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt

Amtszulagen, Stellszulagen, Zulagen

 (Monatsbeträge in Euro)
 in der Reihenfolge der Gesetzesstellen

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro Vomhundert, Bruchteil
Bundesbesoldungsgesetz	
§ 78	bis zu 76,69
Besoldungsordnungen A und B	
Vor b e m e r k u n g e n	
Nummer 2 Abs. 2	127,82
Nummer 8	
Die Zulage beträgt	
für Beamte der Besoldungsgruppen	
A 2 bis A 5	115,04
A 6 bis A 9	153,39
A 10 und höher	191,73
Nummer 9	
Die Zulage beträgt	
nach einer Dienstzeit	
von einem Jahr	63,69
von zwei Jahren	127,38
Nummer 10 Abs. 1	
Die Zulage beträgt	
nach einer Dienstzeit	
von einem Jahr	63,69
von zwei Jahren	127,38
Nummer 12	95,53
Nummer 21	182,63
Nummer 25	38,35
Nummer 26 Abs. 1	
Die Zulage beträgt für Beamte	
des mittleren Dienstes	17,05
des gehobenen Dienstes	38,35

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro Vomhundert, Bruchteil
Nummer 27	
Abs. 1	
Buchstabe a	
Doppelbuchstabe aa	16,86
Doppelbuchstabe bb	65,94
Buchstabe b	73,29
Buchstabe c	73,29
Abs. 2	
Buchstabe a	
Doppelbuchstabe bb	49,10
Buchstabe b und c	73,29
Besoldungsgruppen	Fußnote
A 2	1 31,48
	3 58,06
A 3	1, 5 58,06
	2 31,48
A 4	1, 4 58,06
	2 31,48
A 5	3 31,48
	4, 6 58,06
A 6	6 31,48
A 9	3, 6 234,37
A 12	7, 8 136,13
A 13	6 108,87
	7 163,29
	11, 12, 13 238,17
A 14	5 163,29
A 15	7 163,29
Besoldungsgruppen	Fußnote
R 1	1, 2 180,54
R 2	3 bis 8, 10 180,54
R 3	3 180,54

Gültig ab 1. Oktober 2009

Anlage 7 a
(ersetzt Anlage 7
BremBBVAnpG 2008/2009)

Anwärtergrundbetrag

(Monatsbeträge in Euro)

Eingangsamtsamt, in das der Anwärter nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag
A 2 bis A 4	729,57
A 5 bis A 8	841,37
A 9 bis A 11	891,36
A 12	1.020,79
A 13	1.050,23
A 13 + Zulage (Nummer 27 Abs. 1 Buchst. C der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B) oder R 1	1.082,57

Gültig ab 1. Oktober 2009

Anlage 8 a
(ersetzt Anlage 8
BremBBVAnpG 2008/2009)

Mehrarbeitsvergütung

(Beträge in Euro)

§ 4 Abs. 1 MVergV	
Besoldungsgruppen	
A 2 bis A 4	10,25
A 5 bis A 8	12,11
A 9 bis A 12	16,62
A 13 bis A 16	22,92
§ 4 Abs. 3 MVergV	
Nummer 1	15,47
Nummer 2	19,16
Nummer 3	22,75
Nummer 4	26,58
Nummer 5	26,58

Gültig ab 1. Oktober 2009

Anlage 9 a
(ersetzt Anlage 9
BremBBVAnpG 2008/2009)

Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten

(Beträge in Euro)

§ 4 Abs. 1 Nr. 1 EZuIV
2,80

Gültig ab 1. Oktober 2009

Anlage 10 a
(ersetzt Anlage 10
BremBBVAnpG 2008/2009)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 2 BBesG)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	899,34	1.061,37	1.225,58	1.388,70	1.552,91	1.717,11	1.879,16	2.044,45	2.205,40	2.370,14	2.533,82	2.696,39
A 9	1.057,57	1.233,20	1.407,72	1.583,35	1.760,07	1.935,16	2.110,79	2.286,95	2.462,04	2.637,67	2.812,75	2.988,37
A 10	1.193,50	1.377,82	1.559,44	1.742,13	1.924,27	2.107,52	2.289,66	2.471,82	2.653,42	2.835,58	3.018,82	3.200,98
A 11	1.299,53	1.490,92	1.680,68	1.871,00	2.061,30	2.251,07	2.441,92	2.632,22	2.823,07	3.012,83	3.203,15	3.392,91
A 12	1.446,89	1.648,61	1.849,78	2.052,06	2.253,23	2.456,05	2.657,23	2.859,50	3.060,68	3.262,95	3.465,22	3.666,95
A 13 und C 1	1.590,98	1.801,40	2.010,18	2.220,07	2.429,40	2.639,30	2.849,19	3.058,51	3.268,95	3.477,72	3.688,16	3.897,50
A 14	1.737,78	1.954,73	2.171,68	2.389,18	2.606,13	2.823,61	3.040,57	3.256,98	3.473,92	3.691,42	3.907,82	4.124,23
A 15, C 2 und R 1	1.941,68	2.176,03	2.410,39	2.644,72	2.879,08	3.113,97	3.347,78	3.583,21	3.817,57	4.052,46	4.286,81	4.521,16
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	2.051,50	2.297,83	2.544,14	2.789,91	3.037,30	3.282,53	3.528,84	3.775,16	4.021,47	4.268,33	4.514,10	4.759,86
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	2.051,50	2.306,53	2.564,25	2.821,98	3.079,73	3.338,53	3.596,27	3.854,54	4.112,26	4.370,55	4.628,28	4.886,02
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2.259,23	2.545,22	2.831,24	3.116,71	3.402,69	3.688,69	3.974,17	4.259,63	4.546,17	4.831,09	5.116,55	5.403,65
B 8 und höher, R 8 und höher	2.420,18	2.743,14	3.065,04	3.388,02	3.710,46	4.033,43	4.356,95	4.679,38	5.002,38	5.324,80	5.647,78	5.970,22

Gültig ab 1. Oktober 2009

Anlage 11 a
(ersetzt Anlage 11
BremBBVAnpG 2008/2009)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 3 BBesG)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	765,04	902,59	1.041,24	1.180,44	1.320,74	1.459,39	1.597,50	1.737,25	1.874,79	2.015,07	2.153,73	2.291,84
A 9	898,25	1.048,32	1.196,22	1.345,76	1.496,90	1.645,34	1.794,86	1.944,40	2.092,84	2.242,36	2.390,80	2.539,25
A 10	1.014,62	1.171,75	1.326,18	1.481,13	1.636,65	1.791,07	1.946,57	2.101,54	2.254,87	2.410,39	2.566,43	2.720,84
A 11	1.104,87	1.266,90	1.428,39	1.590,43	1.752,45	1.914,50	2.075,98	2.238,02	2.398,97	2.560,45	2.723,04	2.883,43
A 12	1.228,84	1.401,22	1.572,47	1.743,75	1.916,13	2.087,40	2.258,14	2.429,95	2.602,31	2.773,60	2.945,42	3.116,71
A 13 und C 1	1.352,81	1.531,16	1.708,41	1.887,29	2.065,11	2.243,46	2.421,80	2.599,60	2.779,04	2.956,29	3.134,64	3.312,98
A 14	1.477,33	1.661,66	1.845,43	2.031,41	2.215,18	2.399,51	2.583,29	2.768,17	2.953,03	3.137,35	3.321,68	3.505,46
A 15, C 2 und R 1	1.650,24	1.849,24	2.048,26	2.248,35	2.448,45	2.646,36	2.845,37	3.046,00	3.245,56	3.444,56	3.643,58	3.843,66
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1.743,22	1.952,56	2.161,89	2.371,78	2.580,57	2.789,91	2.999,79	3.208,58	3.418,47	3.628,89	3.837,15	4.046,47
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1.743,22	1.960,71	2.179,84	2.398,97	2.617,54	2.837,22	3.056,87	3.276,01	3.495,14	3.714,25	3.933,38	4.152,53
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1.921,02	2.162,98	2.406,03	2.649,09	2.892,13	3.135,18	3.378,23	3.621,28	3.863,79	4.107,38	4.349,33	4.592,94
B 8 und höher, R 8 und höher	2.056,96	2.331,55	2.606,13	2.880,17	3.155,30	3.428,26	3.702,85	3.976,88	4.251,46	4.525,51	4.800,09	5.074,69

Gültig ab 1. Oktober 2009

Anlage 12 a
(ersetzt Anlage 12
BremBBVAnpG 2008/2009)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4 BBesG)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	630,19	742,74	858,56	972,20	1.087,46	1.201,66	1.315,84	1.431,11	1.544,20	1.659,47	1.773,66	1.887,86
A 9	740,04	862,36	985,25	1.107,59	1.232,65	1.354,99	1.477,87	1.600,77	1.723,65	1.845,43	1.968,87	2.091,76
A 10	836,27	964,58	1.091,81	1.220,15	1.347,38	1.475,71	1.602,93	1.730,16	1.858,50	1.985,18	2.112,42	2.241,28
A 11	910,21	1.042,90	1.176,65	1.309,85	1.443,61	1.575,74	1.708,96	1.842,17	1.975,93	2.108,06	2.242,36	2.375,04
A 12	1.012,44	1.153,80	1.294,64	1.437,09	1.577,37	1.718,75	1.860,66	2.000,94	2.142,32	2.284,24	2.425,60	2.567,52
A 13 und C 1	1.113,57	1.260,38	1.406,64	1.553,46	1.700,81	1.847,06	1.993,88	2.140,69	2.288,04	2.434,30	2.581,65	2.727,93
A 14	1.216,87	1.368,58	1.519,73	1.671,44	1.824,78	1.976,48	2.128,18	2.279,88	2.431,58	2.583,29	2.735,00	2.887,25
A 15, C 2 und R 1	1.358,80	1.522,47	1.687,22	1.851,96	2.015,64	2.180,38	2.344,05	2.508,26	2.672,47	2.836,68	3.000,87	3.164,54
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1.436,00	1.608,37	1.780,19	1.952,56	2.126,01	2.298,37	2.469,64	2.642,56	2.814,92	2.988,37	3.160,19	3.332,03
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1.436,00	1.613,80	1.794,86	1.975,39	2.155,91	2.337,51	2.516,95	2.696,93	2.877,99	3.059,06	3.239,04	3.420,10
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1.581,73	1.781,28	1.981,91	2.182,02	2.381,56	2.581,65	2.782,29	2.981,85	3.182,49	3.381,49	3.582,14	3.782,76
B 8 und höher, R 8 und höher	1.693,73	1.919,93	2.145,59	2.371,78	2.597,97	2.824,17	3.049,81	3.276,01	3.501,11	3.727,32	3.953,50	4.179,15

Gültig ab 1. Oktober 2009

Anlage 13 a
(ersetzt Anlage 13
BremBBVAnpG 2008/2009)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4 BBesG)

-Unterkunft und Verpflegung-

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	440,98	520,35	600,30	680,76	761,23	841,17	920,55	1.002,10	1.080,41	1.161,97	1.241,34	1.321,82
A 9	517,64	603,54	689,46	775,36	862,36	948,27	1.034,73	1.120,64	1.206,01	1.291,92	1.378,92	1.463,20
A 10	585,61	675,31	764,51	853,67	943,38	1.033,10	1.122,83	1.211,98	1.300,62	1.389,25	1.478,95	1.568,14
A 11	636,16	730,79	823,21	916,75	1.009,73	1.103,23	1.196,22	1.289,74	1.383,26	1.476,24	1.569,23	1.662,21
A 12	708,49	807,45	907,49	1.005,37	1.104,32	1.202,74	1.302,24	1.401,22	1.500,17	1.598,59	1.697,53	1.796,50
A 13 und C 1	779,17	881,94	984,71	1.088,02	1.190,24	1.293,01	1.396,33	1.499,08	1.601,85	1.704,61	1.807,38	1.910,14
A 14	852,03	958,06	1.064,09	1.171,20	1.277,24	1.383,82	1.489,83	1.595,87	1.701,89	1.808,47	1.915,04	2.021,06
A 15, C 2 und R 1	951,54	1.066,26	1.180,99	1.295,73	1.410,45	1.524,63	1.641,00	1.756,26	1.870,45	1.985,73	2.100,45	2.215,71
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1.005,37	1.126,07	1.246,24	1.366,41	1.488,21	1.608,37	1.729,08	1.849,78	1.971,04	2.091,76	2.211,92	2.332,08
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1.005,37	1.129,88	1.256,58	1.383,26	1.508,86	1.635,00	1.762,80	1.888,39	2.015,07	2.140,69	2.268,47	2.394,62
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1.107,06	1.246,79	1.387,07	1.527,36	1.667,09	1.807,38	1.947,66	2.087,40	2.227,68	2.367,42	2.507,71	2.646,90
B 8 und höher, R 8 und höher	1.185,89	1.343,57	1.502,34	1.660,01	1.818,26	1.976,48	2.134,71	2.292,40	2.451,72	2.608,85	2.767,07	2.925,85

Gültig ab 1. Oktober 2009

Anlage 14 a
(ersetzt Anlage 14
BremBBVAnpG 2008/2009)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4 BBesG)

-Unterkunft und Verpflegung-

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	535,58	631,28	729,69	825,93	923,80	1.021,14	1.119,01	1.216,87	1.312,59	1.410,45	1.507,23	1.605,10
A 9	629,09	733,49	837,89	942,30	1.047,79	1.151,09	1.256,58	1.360,43	1.464,83	1.569,23	1.673,08	1.777,48
A 10	710,12	819,41	927,61	1.036,90	1.145,11	1.254,40	1.362,06	1.470,80	1.578,46	1.687,22	1.796,50	1.904,71
A 11	773,20	886,83	1.000,48	1.113,57	1.226,13	1.339,22	1.453,39	1.565,96	1.679,61	1.792,70	1.905,80	2.018,90
A 12	860,74	980,90	1.101,07	1.220,69	1.340,30	1.460,47	1.581,19	1.700,81	1.822,06	1.941,68	2.061,30	2.182,02
A 13 und C 1	946,65	1.071,71	1.195,67	1.321,29	1.445,79	1.569,76	1.694,82	1.819,88	1.944,94	2.069,46	2.194,52	2.319,03
A 14	1.034,19	1.164,14	1.291,92	1.421,33	1.550,19	1.680,14	1.808,47	1.937,32	2.066,75	2.196,15	2.324,47	2.454,96
A 15, C 2 und R 1	1.154,89	1.294,07	1.433,82	1.573,57	1.713,86	1.853,05	1.992,25	2.132,00	2.271,74	2.410,92	2.550,66	2.689,86
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1.220,69	1.366,41	1.513,77	1.660,01	1.806,83	1.953,10	2.099,91	2.246,18	2.392,98	2.539,25	2.686,06	2.832,32
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1.220,69	1.372,39	1.524,63	1.679,61	1.832,38	1.986,80	2.139,59	2.292,93	2.447,35	2.600,16	2.753,48	2.906,82
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1.344,11	1.514,31	1.684,49	1.854,70	2.023,79	2.195,06	2.364,71	2.534,89	2.703,99	2.874,74	3.044,91	3.215,10
B 8 und höher, R 8 und höher	1.440,89	1.631,75	1.824,78	2.016,17	2.208,12	2.400,04	2.592,52	2.784,47	2.975,32	3.167,82	3.359,74	3.552,77

Gültig ab 1. Oktober 2009

Anlage 15 a
(ersetzt Anlage 15
BremBBVAnpG 2008/2009)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5 BBesG)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	996,67	1.165,77	1.333,25	1.502,89	1.668,72	1.837,83	2.006,94	2.176,03	2.344,05	2.511,52	2.679,53	2.849,19
A 9	1.167,39	1.347,38	1.529,52	1.708,41	1.888,95	2.068,92	2.248,89	2.430,49	2.610,47	2.790,45	2.972,06	3.152,58
A 10	1.320,19	1.507,77	1.694,82	1.881,32	2.068,37	2.255,97	2.442,99	2.630,59	2.818,72	3.004,69	3.192,28	3.379,87
A 11	1.437,09	1.632,84	1.829,67	2.025,41	2.222,25	2.419,08	2.614,83	2.811,11	3.007,95	3.204,24	3.401,06	3.596,82
A 12	1.597,50	1.805,20	2.012,36	2.219,53	2.426,69	2.633,85	2.841,02	3.048,72	3.255,89	3.463,05	3.670,21	3.877,37
A 13 und C 1	1.757,35	1.973,76	2.189,62	2.406,03	2.622,98	2.838,31	3.054,71	3.271,65	3.488,60	3.703,93	3.920,33	4.137,82
A 14	1.918,84	2.141,79	2.365,80	2.589,27	2.813,28	3.037,86	3.260,78	3.484,27	3.707,19	3.931,20	4.154,14	4.379,25
A 15, C 2 und R 1	2.144,50	2.388,08	2.631,13	2.874,18	3.116,71	3.359,74	3.603,34	3.846,39	4.089,44	4.331,94	4.573,90	4.818,58
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	2.274,44	2.528,92	2.784,47	3.040,02	3.293,41	3.548,42	3.802,33	4.057,90	4.312,37	4.566,83	4.822,40	5.076,87
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	2.274,99	2.543,05	2.810,57	3.078,09	3.345,61	3.613,12	3.881,17	4.148,70	4.416,22	4.683,74	4.951,81	5.218,78
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2.536,53	2.830,69	3.124,30	3.419,01	3.713,16	4.007,33	4.301,49	4.596,20	4.889,82	5.184,51	5.478,68	5.773,40
B 8 und höher, R 8 und höher	2.735,54	3.067,76	3.400,52	3.733,29	4.065,52	4.397,19	4.730,50	5.062,19	5.394,41	5.727,70		

Gültig ab 1. Oktober 2009

Anlage 16 a
(ersetzt Anlage 16
BremBBVAnpG 2008/2009)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5 BBesG)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	855,84	997,21	1.140,75	1.282,68	1.425,69	1.569,23	1.711,14	1.854,70	1.997,68	2.139,05	2.283,14	2.423,98
A 9	999,38	1.151,09	1.307,70	1.459,94	1.612,71	1.766,06	1.918,84	2.071,09	2.224,43	2.378,30	2.531,08	2.684,42
A 10	1.130,43	1.291,37	1.450,69	1.611,64	1.771,49	1.930,27	2.090,66	2.249,43	2.410,92	2.570,23	2.729,55	2.890,49
A 11	1.233,20	1.400,13	1.567,04	1.734,52	1.901,44	2.068,92	2.235,84	2.403,85	2.570,79	2.737,71	2.905,18	3.072,64
A 12	1.371,85	1.546,93	1.723,08	1.898,73	2.074,89	2.249,99	2.426,15	2.602,31	2.778,48	2.953,57	3.129,20	3.304,82
A 13 und C 1	1.509,41	1.693,19	1.876,43	2.060,21	2.244,54	2.427,78	2.611,03	2.794,25	2.979,13	3.162,36	3.345,61	3.529,39
A 14	1.646,97	1.835,65	2.025,41	2.215,71	2.405,49	2.595,26	2.785,01	2.973,69	3.164,00	3.354,30	3.543,53	3.733,83
A 15, C 2 und R 1	1.841,64	2.047,71	2.253,23	2.459,85	2.666,48	2.872,56	3.078,09	3.283,62	3.490,77	3.696,86	3.902,93	4.108,46
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1.953,64	2.170,06	2.385,91	2.602,31	2.818,18	3.034,59	3.249,91	3.466,31	3.682,18	3.898,59	4.114,46	4.330,32
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1.958,53	2.185,26	2.412,55	2.639,83	2.866,58	3.093,86	3.321,14	3.548,42	3.775,16	4.002,99	4.230,26	4.456,47
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2.184,19	2.433,76	2.684,97	2.934,54	3.185,21	3.434,24	3.684,35	3.934,47	4.185,12	4.435,25	4.684,83	4.935,50
B 8 und höher, R 8 und höher	2.359,28	2.640,92	2.924,21	3.205,32	3.488,60	3.770,26	4.052,46	4.334,66	4.616,85	4.898,52		

Gültig ab 1. Oktober 2009

Anlage 17 a
(ersetzt Anlage 17
BremBBVAnpG 2008/2009)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5 BBesG)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	716,10	835,17	950,99	1.068,99	1.185,89	1.302,80	1.420,22	1.537,69	1.655,67	1.772,58	1.889,49	2.006,94
A 9	837,89	964,58	1.091,81	1.216,87	1.344,11	1.471,35	1.598,03	1.726,36	1.853,60	1.980,29	2.107,52	2.234,76
A 10	947,73	1.077,68	1.209,27	1.338,14	1.469,16	1.599,68	1.730,72	1.861,74	1.991,70	2.123,28	2.252,15	2.382,65
A 11	1.032,02	1.171,20	1.308,77	1.446,89	1.585,53	1.723,08	1.861,74	1.998,77	2.137,42	2.275,54	2.413,64	2.552,29
A 12	1.146,73	1.292,45	1.438,72	1.583,90	1.729,08	1.874,26	2.019,97	2.164,60	2.311,42	2.456,61	2.602,31	2.746,94
A 13 und C 1	1.263,64	1.412,63	1.563,78	1.714,39	1.865,02	2.014,54	2.164,06	2.315,22	2.465,31	2.615,36	2.765,98	2.916,06
A 14	1.380,00	1.536,06	1.691,02	1.845,99	2.002,04	2.158,09	2.314,13	2.469,11	2.625,70	2.781,75	2.936,72	3.092,77
A 15, C 2 und R 1	1.542,58	1.713,31	1.882,96	2.053,16	2.223,33	2.394,07	2.564,25	2.734,44	2.904,64	3.074,83	3.246,10	3.415,76
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1.637,74	1.816,08	1.993,88	2.173,32	2.351,12	2.529,46	2.708,89	2.886,68	3.065,04	3.242,84	3.422,82	3.601,16
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1.642,08	1.829,67	2.016,72	2.203,76	2.391,34	2.578,40	2.765,98	2.953,03	3.140,61	3.327,66	3.515,79	3.702,30
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1.835,10	2.041,19	2.246,18	2.452,25	2.657,23	2.862,78	3.067,76	3.273,83	3.478,82	3.683,81	3.889,89	4.094,88
B 8 und höher, R 8 und höher	1.985,18	2.217,90	2.452,25	2.685,51	2.918,22	3.152,04	3.385,29	3.617,46	3.851,82	4.085,63		

Gültig ab 1. Oktober 2009

Anlage 18 a
(ersetzt Anlage 18
BremBBVAnpG 2008/2009)

Auslandskinderzuschlag (§ 56 BBesG)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe													nach § 56
	Stufe												Abs. 1 Nr. 2
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	BBesG
A 2 bis A 16													
B 1 bis B 11	129,95	148,99	168,55	186,50	206,62	225,66	244,13	263,17	282,19	301,77	320,80	338,20	129,95

Besoldungsordnung C
Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besol- dungs- gruppe	Stufe														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
C 1	2.770,01	2.867,27	2.964,51	3.061,76	3.159,03	3.256,27	3.353,51	3.450,76	3.548,01	3.645,26	3.742,51	3.839,76	3.937,03	4.034,28	
C 2	2.776,07	2.931,06	3.086,05	3.241,05	3.396,03	3.551,02	3.706,01	3.860,98	4.015,97	4.170,96	4.325,93	4.480,92	4.635,90	4.790,90	4.945,89
C 3	3.056,92	3.232,41	3.407,90	3.583,40	3.758,89	3.934,38	4.109,86	4.285,34	4.460,84	4.636,33	4.811,81	4.987,31	5.162,79	5.338,28	5.513,76
C 4	3.883,10	4.059,51	4.235,92	4.412,33	4.588,75	4.765,15	4.941,57	5.117,96	5.294,37	5.470,78	5.647,20	5.823,59	6.000,01	6.176,42	6.352,83

Zulagen C-Besoldung
(Monatsbeträge in Euro)

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro Vomhundert, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro Vomhundert, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro Vomhundert, Bruchteil
Bundesbesoldungsordnung C Vorbemerkungen Nummer 2 b	73,29	Nummer 3 Die Zulage beträgt	12,5 v.H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe*)	Nummer 5 wenn ein Amt ausgeübt wird der Besoldungsgruppe R 1 der Besoldungsgruppe R 2	205,54 230,08
		für Beamte der Besoldungsgruppe(n) C 1 C 2 C 3 und C 4	A 13 A 15 B 3	Besoldungsgruppe C 2	Fußnote 1 104,32

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes

Bremische Amtszulagen
(Monatsbeträge in Euro)

Dem Grunde nach geregelt in Besoldungsgruppe	Fußnote	in Euro
A 13	1	163,29
	5	146,99
A 14	1	163,29
A 15	1	108,87
	2	163,29
	3	272,11
	4	301,89 (kw)
A 16	1	182,63 (kw)